

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Nr. 12.

Magdeburg, Dienstag, den 16. Januar 1900.

II. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten. Außerdem liegt Bogen 42 vom Roman „Herrschen oder Dienen?“ bei.

Des Reiches Sozialpolitik.

Kontinuation

Am Reichstage wurden heute beim Etat des Reichs-
amts des Innern die verschiedenartigsten Dinge ver-
handelt. Es ist die Herausgabe eines „Deutschen
Handelsarchivs“ vorgesehen. Herr Baasche hat um
größere Berücksichtigung der Landwirtschaft bei dieser Publikation
wirden. Den Arbeitern in der Spielwarenfabrikation
empfiehlt der Herr Staatssekretär lieber sich auf dem Lande
zu verdienen. Beim „Statistischen Amt“ brachte Genosse
Thiele die mangelhafte Streitstatistik zur Sprache.
Ministerialdirektor Woedke gab zu, daß einzelne Irr-
tümer vorkämen, verwies aber darauf, daß nimmermehr auch
die Gewerkschaften zur Mitarbeit herangezogen würden. Das
hat nun also endlich das unaufhörliche Drängen unserer
Genossen bewirkt. Die Weiterberatung des Etats findet am
Dienstag statt.

Unser M.-Korrespondent berichtet uns über die Sitzung
wie folgt:

Deutscher Reichstag.

127. Sitzung. Sonnabend, 13. Januar 1900, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowsky.
Die zweite Etatsberatung wird fortgesetzt beim Etat des Reichs-
amts des Innern. Kap. 7a Allgemeine Fonds. In Titel 9 (För-
derung der Binnenfischerei werden 30 000 Mark mehr ge-
fordert (bisher 55 000 Mark).

Abg. Dr. Müller-Sagan (frei. Vp.) bittet die Bestrebungen des
Deutschen Fischereivereins weiter zu unterstützen.
Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Deutsche Fischereiverein
sollte auf den Ausbau seiner lokalen Organisationen bedacht sein. In
seinen wissenschaftlichen Bestrebungen wird er durch die biologische Ab-
teilung und eine Untersuchungsstation in München unterstützt.

Abg. Mikert (frei. Vg.) stimmt dem Staatssekretär darin bei,
daß die biologischen Untersuchungen Hauptaufgabe des Reiches sei und
daß der deutsche Fischereiverein in seinen lokalen Organisationen mehr
aktiv wirken müsse.

Abg. Herms (frei. Vg.) hält die Forderung der biologischen
Untersuchungen durch den Fischereiverein für sehr wertvoll.
Der Titel wird bewilligt.

In Titel 10 werden für Herausgabe eines deutschen
Handelsarchivs 15 500 Mark mehr gefordert.

Abg. Baasche (nall.) wünscht, daß bei der Herausgabe des
Werkes die Landwirtschaft mehr berücksichtigt wäre, wie dies in den
vereinigten Staaten geschieht. Dort gäbe das landwirtschaftliche
Ministerium einen Jahresbericht heraus, der jedem Bürger auf Wunsch
unentgeltlich geliefert würde.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Ich halte es für wichtig,
die Kenntnis handelspolitischer Dinge möglichst zu verbreiten durch
wissenschaftliche Darstellungen. Sollten dazu größere Mittel erforderlich
sein, so würde ich keinen Anstand nehmen, sie in den Etat einzuführen.
Titel 11-17 werden debattelos bewilligt.

Bei Titel 18 weist Abg. Eichhoff (frei. Vg.) darauf hin, daß
wenn thüringischer Exportverein zur Einrichtung eines Mutterlagers
seiner industrieller Exportartikel eine staatliche Unterstützung erstat-
ten soll und fragt an, ob diese tatsächlich erfolgt ist.

Graf Posadowsky: Dieser Genossenschaft von Handwertern und
kleinindustriellen ist eine Beihilfe von 15 000 Mark zur Einrichtung
eines Mutterlagers in einem fernen Weltteil gegeben. Ich bitte dies
gutzuhelfen.

Abg. Müller-Sagan (fri. Vg.): Es wird behauptet, der Verein
jabe die Unterstützung benutzt, um billiger liefern zu können, als die
Konkurrenz. Dann müßte die Unterstützung wieder entzogen werden.

Graf Posadowsky bittet zu berücksichtigen, daß es sich nur um
eine einmalige Unterstützung handele. Die Konkurrenz sei nicht ge-
schädigt worden.

Darauf wird Titel 18 genehmigt.
Es folgt die Beratung des Kapitels 7 b: Reichskommissariat.
Titel 1 wird debattelos bewilligt.

Bei Titel 2 fragt Abg. Eichhoff (frei. Vg.) an, wie es mit
Zulassung der Realgymnasialabituirenten zum medizinischen
Studium künftig gehalten werden solle.

Graf Posadowsky: Ich könnte es mir sehr wohl denken, daß
den Realgymnasialabituirenten der Zutritt zum ärztlichen Berufe geöffnet
werden kann, wenn vielleicht einige kleine Änderungen im Realschul-
programm unternommen werden. Das ist aber nur meine persönliche
Ansicht. Die Stellung der Regierung zu dieser Frage kann
ich nicht sagen.

Abg. Schrader (frei. Vg.) begrüßt diese Erklärung des Staats-
sekretärs und wünscht, daß es ihm gelingen möge, mit seiner Ansicht
bei der Regierung durchzudringen.

Abg. Müller-Sagan: Der Herr Staatssekretär hat das Frauen-
studium berührt. Wie man auch zu der Frauenfrage stehen mag,
jedenfalls muß man berücksichtigen, daß das Reich endlich einen Schritt

thut, um den Forderungen gerecht zu werden. In den Einzelstaaten
müssen die Forderungen gesehen, welche noch heute den Frauen den Eintritt
in ein hochschulisches Vorwehren. Ferner bin ich dann, an die Vor-
bildung der Studierenden der Tierarzneiwissenschaften hinsichtlich derselben An-
forderungen zu stellen, wie an die übrigen Mediziner. Die Anforder-
ungen, die man heute an die Tierärzte in wissenschaftlicher Be-
ziehung stellt, sind gegen früher bedeutend gestiegen, während die Tier-
ärzte gesundheitlich unter den Ärzten stehen.

Abg. Mikert (frei. Vg.) Dr. Borna auf der Zulassung der
Frauen zum ärztlichen Studium, müßte endlich etwas Wirkliches erreicht
werden, die weibliche Praxis ist heute ein Gebot der
Notwendigkeit. (Zehr richtig! links.) Wenn die Frauen dieselben Vor-
bedingungen erfüllen, wie die Männer, muß man sie auch mit denselben
Rechten zum Studium zulassen.

Graf Posadowsky: In Österreich sind die Vorbedingungen
zum Veterinärstudium verschärft worden, die Folge ist aber nur gewesen,
daß sich der Andrang zu diesem Studium vermindert hat. — Was das
medizinische Studium der Frauen anlangt, so ist eine Bundes-
ratsverordnung erlassen worden, wonach auch die Frauen, die
früher anderswärts studiert haben, zum ärztlichen Examen zu-
gelassen werden.

Abg. Dr. Dertel (sonj.): Die Forderung weiblicher Ärzte halte
auch ich für eine Forderung der Gerechtigkeit. — Die Zulassung von
Realgymnasialabituirenten zum medizinischen Studium halte ich für
durchaus berechtigt.

Der Titel wird hierauf bewilligt.

Beim Titel „Kommission für Arbeiterstatistik“ teilt

Abg. Reiffhaus (Soz.) Erhebungen über die Lage der Spiel-
warenindustrie in Thüringen an. — Es herrschen dort ähnlich
traurige Zustände, wie in der Konfektion, zu ihrer Beseitigung ist aber
bisher noch nichts geschehen. Die Art des Betriebes — Hausindustrie
— und die Preisrückläufe der Fabrikanten trägt die Hauptschuld an
den vorliegenden Zuständen. Für ein Duzend Ruppen von 23 Centimeter
Länge werden 25 Pfennig gezahlt und außerdem müssen die Arbeiter
nach das Material selbst liefern, die Unkosten dafür belaufen sich auf
83 Pfennig, so daß der wirkliche Verdienst für ein Duzend Ruppen
12 Pf. beträgt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wenn die Leute mal einen
Pfund haben, essen sie Fleisch, sonst nähren sie sich von Kartoffeln. Die
Polizist, die mitten im Walde leben, haben trotzdem Mangel an
Material für ihre Arbeit. Das liegt daran, daß die Meiningische
Forstverwaltung durch künstliche Mittel bei den Verkäufungen
den Preis für das Holz in die Höhe treibt. Die 2 bis 3
Millionen Ueberschuss, welche sie jährlich macht, kann man unter
diesen Umständen wohl mit Recht als Blutgeld bezeichnen. Während
Tausenden von Städtern sich in der Thüringischen Berge Erholung
suchen, herrscht trotz der opferreichen Luft unter den Arbeitern dort infolge
der traurigen Wohnungsverhältnisse und teuren Lebensmittels die
Lungenentzündung in erschreckendem Maße. Ein Staat, der
sich annimmt, an der Spitze der Kulturstaaten zu marschieren, darf solche
Zustände in seinem Lande nicht dulden. (Wavoi! b. d. Soz.)

Graf Posadowsky: Ich gebe zu, daß in der Holzindustrie die
Leute in ungenügenden Räumen arbeiten, daß die Löhne sehr niedrig
und daß vielfach eine unverantwortliche Ausbeutung besonders der
Kinder herrscht. Wir werden uns auch mit diesen Zuständen
eingeheud beschäftigen, generelle Verordnungen können aber
nicht erlassen werden, da die Herstellungsbedingungen in der Haus-
industrie ganz verschieden. In übrigen Verstehe ich nicht, warum diese
Arbeiter, wenn ihre Lage wirklich so überaus traurig ist, wie in der
Herr Vorredner geschildert hat, die Arbeit aufgeben und auf das Land
gehen, wo die Löhne ständig steigen. (Lachen b. d. Soz.) Der Vor-
wurf gegen die Meiningische Forstverwaltung ist nicht be-
gründet, sie darf als feststehende Verwaltung keine Gehalts erhöhen,
sondern muß den Preis nehmen, der ihr im Konkurrenzkampf angeboten
wird.

Abg. Reiffhaus (Soz.) erwidert dem Staatssekretär, die Haupt-
schuld an den schlechten Zuständen trage die Regierung weil sie alles
gehen lasse, wie es gehe. Die meiningische Regierung schraube
die Holzpreise in die Höhe. Wenn er da von einem Blutgelde
gesprochen habe, sei er gewiß nicht zu weit gegangen.

Vizepräsident v. Frege: Der Ausdruck Blutgeld ist in diesem
Zusammenhange unzulässig. (Lachen links.)

Abg. Bebel (Soz.) weist auf die Notwendigkeit hin, die
Arbeiterbeschäftigung auf die Seimarbeit auszu dehnen.
Besonders schlimm steht es in der Seimarbeit der Cigarrenindustrie.
Hier müssen Kontrollmaßnahmen ergriffen werden. Die in der Haus-
industrie beschäftigten Leute sind in ihrer einseitigen Tätigkeit aus-
gebeud. (Lachen b. d. Soz.) Ich für andere Arbeiter fast unzulässig sind. Die
Kommission für Arbeiterstatistik sollte sich dieser Materie bemächtigen,
sie würde ein dankbares Arbeitsfeld finden. Der Abg. Dr. Dertel hat
beobachtet, daß es nicht zur Magdeburger Versammlung der Bäder-
meister gegangen bin. Dazu fehlte mir Zeit und Lust. Ich weiß,
wie unbedeutend die Wünsche der Bäder sind. Ich kann der Regierung
nur raten, ihrem Verlangen nicht stattzugeben. In den Kreisen der
Bädergesellen herrscht große Erbitterung, die sich im nächsten
Frühjahr in einer Anzahl großer Städte in großen Bäderstreiken
Luft machen wird. Die Kommission für Arbeiterstatistik hat
sich auch mit den Zuständen im Gastwirtsgewerbe beschäftigt,
und es sind dabei die haarsträubendsten Dinge zu Tage
getreten. Eine außerordentliche Juanitätsmaßnahme des Personals in
der Arbeitszeit ist festgesetzt. Weltweit derartige sind die Vorschläge,
die das Reichsgesundheitsamt nach dieser Richtung gemacht hat, von
der Mehrheit der Kommission nicht berücksichtigt. Die Kommission
hat nur eine Ruhezeit von 8 Stunden empfohlen. 16 Stunden darf
gearbeitet werden; an 16 Tagen im Jahr sogar 17 Stunden. Von
den Vorteilen der Verordnung werden von 258 000 Personen nur
100 000 getroffen, weil die übrigen 158 000 zum Dienstpersonal
gerechnet werden. Die Kommission für Arbeiterstatistik hätte zum
mindesten die Vorschläge des Reichsgesundheitsamtes annehmen müssen,
also wenigstens achtstündige Ruhezeit für Erwachsene und zehnstündige
für jugendliche Arbeiter. Außerdem hätte eine vermehrte regelmäßige
Freizeit von Ruhetagen Platz greifen sollen. Die Regierung sollte
erzucht erwägen, ob nicht die Vorschläge des Reichsgesundheitsamtes zum
Beschluss zu erheben sind. Wenn die Kommission für Arbeiterstatistik
so weiterarbeitet wie in der letzten Frage, wird sie den Kredit, den
sie bei uns genossen hat, völlig verlieren. Sie möge sich daher sehr
überlegen, ob sie auf diesem Wege weiter marschieren will. (Wavoi!
bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky. Die Mißstände in Bezug
auf die älteren Arbeiter der Hausindustrie erkenne ich an. Aber ich
nehme an, daß die jüngere Generation in der Lage ist, lohnenderen

Erwerb zu suchen. Nächstens soll der Wortlaut einer Verordnung
über die Ausdehnung der Arbeiterschutzbestimmungen auf
die Motorwerkstätten festgestellt werden und an den Bundesrat
gehen. Ebenso eine Verordnung über die hausindustrielle Cigarren-
fabrikation. Aber wir müssen bei allen diesen Dingen sehr vorsichtig
vorgehen.

Abgeordneter Hoch (Soz.) Die Regierung hätte schon längst die
Billich gehalt, die Vorarbeiten über die Ausdehnung der Schutz-
vorschriften auf die Hausindustrie abzuschließen. Inzwischen gehen ja
die Arbeiter zu Grunde. Ich würde die Regierung ersuchen, der
Kommission für Arbeiterstatistik die Ansetzung der Arbeitszeit in der
Hanauer Cigarrenindustrie zuzuwenden. Die Arbeitszeit ist zumal in
der guten Geschäftszeit grenzenlos ausgedehnt und daher finden sich
auch keine Lehrlinge mehr für diese Industrie. Die Hanauer Verste
klagen über Zunahme der Nervenfraukheiten unter den Arbeitern.
Versuche von Unternehmern, die Arbeitszeit zu regeln, sind fehl-
geschlagen. Hier muß die Gesetzgebung eingreifen, indem sie nicht mehr
soviel Ueberschunden und Aufnahmen von der Arbeiterfortschritts-
gefattet. Vor allen Dingen sollte die Arbeiterstatistik-Kommission mit
Erhebungen über die Mißstände betraut werden. (Beifall bei den
Sozialdemokraten.) Damit schließt die Diskussion. Der Titel wird
bewilligt. Ebenso die folgenden Titel und Kapitel.

Beim Kapitel 10 „Statistisches Amt“ weist
Abg. Wessels-Dobson (Widb.) auf die Verfalls- und Gewerbe-
zahlung hin und auf die Verdienste, die sich das Statistische Amt durch
die Bearbeitung des Materials erworben hat. Die Gewerbestatistik
biete auch die beste Grundlage für die sozialpolitische Tätigkeit des
Reichstags.

Abg. Dr. Dine (Str.) schließt sich dieser Anerkennung an.

Abg. Thiele (Soz.): Dem Danke an das statistische Amt schließe
wir uns an. Ich muß mich aber wundern, daß die Statistik über
Streits und Ausstände in den Bezugsbeziehungen des statistischen
Amtes nicht den mindesten berechtigten Ansprüchen genügt.
Ich erlaube die Regierung hierüber ein Anstehen. Was in der Statistik
bekannt gegebene Material ist nicht bloß minderwertig, sondern
sogar falsch. Die Erhebungsbedingungen, die die Lust für die Statistik
bilden, sind hierin gar nicht qualitativ. Das zeigt die Statistik über
den Materialtrieb in Halle. Wenn man ein einwandfreie Statistik
schaffen will, dann muß man die Hilfe der Gewerkschaften und
Lohnkommissionen in Anspruch nehmen. Die Polizei trägt der
Unternehmer und nimmt als wahr an, was dieser sagt. Der Unter-
nehmer hat aber alles, um die Ursache eines Streits zu verschleiern.
Eine erhöhte Aufmerksamkeit der Regierung ist hier nötig. Ei-
Streitstatistik ist nötig, weil man dadurch einen Einblick in die wirt-
schaftlichen Verhältnisse gewinnt.

Der v. Woedke: Ich muß auf die Kritik des Vorredners über
die Streitstatistik eingehen. Eine genaue Statistik erscheint immer erst
am Ende des Jahres. Was der Herr Vorredner kritisiert hat, sind
nur die summarischen Vierteljahresberichte. Einzelne Irrtümer
sind nicht zu vermeiden, aber man giebt sich die größte Mühe,
die Wahrheit objektiv zu ermitteln. Auch die Gewerkschaften
werden in neuerer Zeit zur Wahrheit herangezogen.

Abg. Schrader (fri. Vg.) bedauert, daß die Veröffentlichungen
des statistischen Amtes so teuer sind und legt eine Verdichtung an.

Das Kapitel wird bewilligt. Beim Kapitel „Gesundheits-
amt“ trägt

Abg. Schrenk (sonj.) an, welche Ergebnisse die Versuche zur
Erforschung der Ursachen der Malaria und Malariafieber gehabt haben.

Graf Posadowsky: Es werden Versuche mit Immunisierung
gemacht. Herr Professor Löffler hebt ein wirksames Serum für
die Bekämpfung der Malaria finden zu können.

Abg. Dr. Wessels-Dobson (Str.): Solange nicht die Ursachen der
Malaria festgestellt können wir nicht weiter Spezialregeln schaffen
mehr als sie haben.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fri. Vp.) weist auf den Nutzen der
jungfrüheren biologischen Abteilung des Gesundheitsamts für diese
Frage hin.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Patentamt“ beantragt
Abg. Müller-Meiningen (frei. Vp.) die Regierung zu ersuchen,
die Patentgebühren herabzusetzen. Mit den Patentgebühren erhöht
Deutschland eine schädliche Verwertungssteuer. Mit den Patenten ver-
hält es sich wie mit den Zollerlösen; die wenigsten gewinnen. Statt
die individuellen Arbeitskräfte zu schätzen, beunruhigt man sie.

Graf Posadowsky widerpricht diesen Ausführungen. Das
deutsche Patentwesen verlohne sich das Maß der Steuer als das des Aus-
landes, weil es so gründlich und vorzüglich ist.

Abg. Müller-Meiningen (nall.) hält eine Herabsetzung der Ge-
bühren für durchaus berechtigt.

Das Kapitel wird bewilligt. Ueber die Resolution Dr. Müller-
Meiningen wird erst in dritter Lesung abgestimmt werden. Hierauf
verlagert sich das Haus. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr (2. Lesung
des Etats und zwar des Reichsfinanzamtes, Gelege über die Patent-
anwälte und die Kolonialgerichtsbarkeit). — Schluß 5 1/2 Uhr.

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Die Kanalrebellin sind nach ihrem Siege im Abge-
ordnetenhaus oberauf. Triumphierend vermag die Deutsche
Tageszeitung zu berichten, daß in den höheren Verwaltungs-
stellen ein größerer Wechsel stattfinden soll. Sie schreibt dazu:
„Der Wechsel hängt einerseits damit zusammen, daß man be-
absichtigt, die infolge der Abstimmung gegen die Kanalvorlage
zur Disposition gestellten politischen Be-
amten möglichst bald wieder anzustellen,
andererseits damit, daß bekanntlich in dem neuen Etat eine
ziemliche Zahl neuer Regierungsratstellen ausgeworfen sind.
Außerdem gedenken einige höhere Beamte, so beispielsweise
der Polizeipräsident von Potsdam, in den Ruhestand zu
treten.“ Man läßt also besonders und direkt Stellen frei werden
zum einzigen Zweck sie den Junkerfrontenren als feste Ver-
söhnungsbissen hinzuwerfen. Auch damit aber erreicht man
nichts. Aus den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses
über die Maßregelung der politischen Beamten glaubt die

Korrespondenz des Bundes der Landwirte folgendes feststellen zu können." 1. Alle Versuche, von der Kanalgegensächlichen Mehrheit des Hauses einzelne Herren abzusprenken, sie zu Kanal-freunden zu machen und auf diese Weise eine Mehrheit zu erzielen, dürften als gescheitert zu betrachten sein. Speziell können wir dies mit voller Bestimmtheit für die rechte Seite des Hauses behaupten. 2. Die Versuche, durch Erweiterung des ursprünglichen Projekts und die Erfüllung einer Reihe lokaler Wünsche dürfte dem Grundprojekt, dem eigentlichen Mittelkanal, keineswegs zur Annahme verhelfen. Diese Subvention provinzieller Vorteile, die die Regierung vorschlägt, dürfte den gewünschten Erfolg nicht erzielen. Wir haben sogar Veranlassung zu der Annahme, daß aus dem ganzen Bouquet von Vorschlägen, vielleicht einige herausgegriffen, einige Wasserstraßenverbesserungen und Meliorationen bewilligt werden könnten, daß aber der Mittelkanal selbst nicht zur Annahme gelangen wird. Aus den „Erklärungen des klugen alten Politikers“ will die Korrespondenz herausgehört haben, daß Herr v. Miquel anfänglich der Maßregelung der Beamten nicht zugestimmt und erst der Mehrheit des Ministeriums sich gefügt habe. Herr v. Miquel ist also nach wie vor der Mann des Agrarierturns und das Agrarierturn in stiller Geschäftsverbindung mit Miquel wird nach wie vor der Regierung ihren Kanal vor die Füße werfen. Die Regierung endlich wird nach wie vor daraus keine weiteren Konsequenzen ziehen, sondern sich — dem Lande erhalten. —

Die Einkommensteuer hat nach den dem neuen Etat beigefügten Erklärungen im Rechnungsjahr 1898/99 eine Steinhöhe von 146 334 473 Mark ergeben gegenüber einer solchen von 134 885 381 Mark im Jahre 1897/98 und 126 874 741 im Jahre 1896/97. Es hat also im letzten Jahre eine Steigerung um 11,45 Millionen Mark stattgefunden gegenüber einer solchen um 12,01 Millionen im vorausgegangenen Jahre. Das Einkommen der Einkommensteuer ist nach der Veranlagung für das Jahr 1899 abermals um rund 12,80 Millionen Mark gestiegen, so daß der Etat für 1900 als unmaßsichere Einnahme den Betrag von 159 Millionen Mark aus der Einkommensteuer einstellen konnte gegenüber einem solchen von 145 Millionen Mark im Etatsjahr 1899; die Mehreinnahme beträgt hiernach 14 Millionen Mark. Die Ergänzungssteuer hat im Jahre 1898/99 eine Steinhöhe von 31 744 000 Mark und ist damit gegenüber dem vorausgegangenen Jahre um rund 200 000 Mark zurückgeblieben. Da aber nach der neuen Veranlagung für die Jahre 1899/1901 das Einkommen sich auf 34 122 000 Mark stellt, ist für das Etatsjahr 1900 eine Einnahme von 33 Millionen Mark eingestellt, die die des vorigen Etats um rund 1 Million Mark übertrifft. Von den übrigen Steuern ist die vom Gewerbebetrieb im Umherziehen beachtenswert, deren Einnahmen im Jahre 1898/99 gegenüber dem vorausgegangenen Jahre um über 80 000 Mark zurückgeblieben sind. —

Der Reichsbank-Diskont ist nun wieder von 7 auf 5 Prozent herabgesetzt worden. Der ungewöhnlich hohe Stand von 7 Prozent dauerte seit dem 19. Dezember 1899. Der Präsident der Bank erklärte, daß die politische Lage und die Anspannung der Bank zwar noch Zurückhaltung empfehlen; andererseits aber rechtfertige sich die Diskontermäßigung im Hinblick auf das Vorgehen der übrigen Notenbanken, den Stand des Privatdiskonts und den Rückgang des Londoner Wechselkurses, der Gotteypote aus Deutschland erschweren. Die Rückflüsse zur Bank sind in den jüngsten Tagen stärker als zur gleichen Zeit des Vorjahres gewesen. Man erwartet, daß die Geldanpannung sich bald wieder mildern wird. —

Nachdem Herr Krupp seine Waffenlieferungen nach England unterjagt worden sind, möchte er viel schleuniger, als es bisher geht, die Flottenprojekte einfädeln. Das erzieht man aus der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, auch einem „feiner“ Organe. Derselbe meint, die Flottenvorlage könne nicht rasch genug an den Reichstag gelangen, weil die Flottenbegeisterung sich nicht einpflanzen lassen, sondern „recht schnell ausgenutzt werden müßte, sonst verfliegt sie wieder und ist nicht mehr da, wenn man sie braucht. Das ist ein interessantes Eingeständnis über die Art der Wirkungen der Flottenvereinsveranstaltungen. Aber recht hat das Blatt: Es ist ein Mangel bei einigen leicht erregbaren Gemüthern, der, wie jeder Mensch, nur allzu leicht verfliegt. Und auf eine solche Augenblicksstimmung unter das Wort der Volkvertretung zu, Pläne zu genehmigen, welche auf die Zeit von 16 Jahren berechnet sind und einen Mehraufwand von 2 1/2 Milliarden in dieser Zeit im Gefolge haben. Der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, diesem Herrn Krupp nahestehendem Blatt, dauert auch die Ausarbeitung der Vorlage seitens der Regierung zu lange, was auch nur beweist, daß Herr Krupp längst alle technischen Vorbereitungen getroffen hat, um jetzt bauen und endlich die Millionen einstreichen zu können, welche aus den Taschen des Volkes herausgepreßt werden müssen.

Die Kolonisationsstränge unserer „Weltpolitiker“, besonders die Raumannscher Richtung, haben auch Kleinasien als Kolonisationsobjekt ins Auge gefaßt. Es hat sich ein Ausschuss gebildet, der die deutsche Besiedelung Anatoliens ins Auge gefaßt hat. Dieser Ausschuss hielt jüngst in Berlin eine Versammlung ab, in der ein Major Schlagintweit über die Aussichten deutscher Kolonien in Kleinasien sprach. Seinen Ausführungen trat Dr. v. Siemens, der Vorsitzende der anatolischen Bahngesellschaft, entschieden gegenüber. Ueber seine Ausführungen wird berichtet: Die Türkei betrachtete mit Recht Anatolien als den Hauptstützpunkt des Islams und werde daher jede christliche Kolonisation überaus ungern sehen. Die Erwerbung freien Grundbesitzes sei kaum ausführbar, da der Allobesitz in der Türkei nur eine verschwindende Ausnahme bilde; das türkische Grundrecht ist eben seinem innersten Wesen nach ein Lehnsrecht und der Sultan lehren Endes alleiniger Besitzer des Lehnslandes. Er rate dringend davon ab, den Plänen einer Besiedelung von Kleinasien weiter nachzugehen und empfehle vielmehr die Besiedelung von Südwestafrika. Die

dort sich bietenden Elementarhindernissen seien weit leichter zu überwinden, als die aus dem Charakter des Islams sich ergebenden politischen Schwierigkeiten in Anatolien. Die anatolische Eisenbahn-Gesellschaft denke auch gar nicht daran, den politischen Pionier für eine deutsche Kolonisation zu spielen. Sie sei ein rein geschäftliches Unternehmen, das für Deutschland insofern von Interesse sei, als es der Industrie und dem Bauunternehmertum Verdienst schaffe. Und da es statistisch unanfechtbar erwiesen sei, daß die deutsche Landwirtschaft die deutsche Bevölkerung mit dem nötigen Brotkorn zu versehen nicht im Stande sei, so seien auch in Bezug auf die deutsche Volksernährung der Bahn große nationale Aufgaben gestellt. —

In Deutsch-Südwestafrika sind im Jahre 1898/99 21 Todesurteile gefällt und 80 Verurteilungen zu Prügelstrafen ausgesprochen worden. Die Strafrechtspflege in Deutsch-Südafrika war noch schärfer. Dort wurde nach den Angaben der neuesten Denkschrift in 22 Fällen auf Todesstrafe und in 1508 Fällen auf Prügel- oder Nutenstrafe im Höchstbetrage von 25 Hieben erkannt. Von den 22 Todesurteilen wurden 13 Urteile, und zwar durch den Strang, vollstreckt. In den übrigen Fällen erfolgte Vergnadigung zu mehrjährigen Freiheitsstrafen. Ueber 6 Monate wurde in Deutsch-Südafrika in 124 und zu Freiheitsstrafen bis zu 6 Monaten in 3058 Fällen erkannt. Außerdem wurden 344 Geldstrafen auferlegt. Es ist eine überreiche Fülle von Kulturarbeit, die mit diesen Aufstufungen und Durchpfeifungen geleistet worden ist. Sicherlich werden die auf diese Weise „schneidig und zielbewußt“, wie Durchlaucht, der Mörder Kronberg, sagt „erzogenen“ Schwarzen den Tag segnen, wo die Träger dieser Kultur zu ihnen kamen. —

Nachrichten aus dem Auslande.

In der österreichischen Delegation beantwortete am Sonnabend der Minister des Auswärtigen Goluchowski, die Interpellation, betreffend die Ausweisungen aus Deutschland. Er erklärte, von einer Massenausweisung könne keine Rede sein. Im Jahre 1899 seien im Ganzen 24 Ausweisungen aus Preussisch-Schlesien vorgekommen, die zumeist sogenannte Saisonarbeiter betrafen, Arbeiter, denen der Eintritt in preussisches Territorium zu dem bestimmten Zeitpunkt bewilligt wurde. Die Ausweisungen betrafen zumeist solche, welche das Territorium zu dem bestimmten Zeitpunkt nicht verlassen wollten. Das sei eine Verfügung der preussischen Behörden, zu welcher dieselben das absolute Recht haben. Der Prozentsatz der Ausweisungen sei im Vergleich zur Einwohnerzahl österreichischer Arbeiter nach Preußen äußerst gering, da aus West-Galizien allein im Jahre 1899 nicht weniger als 2000 bis 3000 Arbeiter nach Preußen eingewandert seien, was für Galizien wegen des dortigen Mangels an Arbeitskräften zu einer wahren Kalamität geworden sei. Es seien im ganzen 30 Reklamationen betreffend Ausweisungen eingelaufen. Das Einschreiten der Volschaft resp. des Ministeriums des Auswärtigen habe zur Folge gehabt, daß 18 Ausweisungen teilweise aufgehoben, teilweise befristet wurden. Also wird man in Deutschland weiter ausweisen, der „hohe Verbündete“ nimmt nicht übel. Bei dem Delegationsdirektor hat der alte Franz Joseph eine sehr scharfe Tonart gegen die Tschechen beibehalten. In der Armee solle die deutsche Sprache Dienstsprache bleiben. Er würde das Ständrecht verkündigen, wenn man sich nicht fügen wolle. Wenn sich in Oesterreich die Minister nicht mehr zu helfen wissen, schieben sie den alten Mann vor, der dann Versprechungen oder Drohungen verkünden muß. —

Der Zar hat zum russischen Neujahrstage dem Minister des Auswärtigen, Grafen Murawiew, in einem Reskript seinen herzlichsten Dank ausgedrückt für die erfolgreichen Bemühungen des Ministers, die freundschaftlichen Beziehungen zu allen Mächten aufrecht zu erhalten. Das Reskript erwähnt die Verdienste Murawiews um die Neuorganisation der Verhältnisse auf Kreta, seine Mitwirkung an der Verwirklichung der traditionellen Bestrebungen Rußlands, im äußersten Osten einen eisfreien Ausgang ins offene Meer zu gewinnen, an der pachtweisen Ueberlassung der Halbinsel Kwantung durch China, und rühmt besonders die Sorgfalt, die Murawiew daran verwandt habe, um den innigen Wunsch des Zaren, allen Völkern die Wohthat eines wahrhaft andauernden Friedens zu sichern, zur Erfüllung zu verhelfen. „Die Ergebnisse der Thätigkeit der im Haag stattgehabten Konferenz geben mir feste Hoffnung, daß solide Grundlagen für die Verwirklichung dieses meine Herzen so teuren Zieles gelegt sind, da alle Mächte die Lösung dieser Frage in ihrer Gesamtheit als möglich und nötig anerkennen haben.“ Zum Schluß spricht der Zar besonders seine Anerkennung aus für die Mitwirkung Murawiews an der Entwicklung und Mehrung des Prestiges Rußlands durch die glänzende Ausführung seiner Anweisungen und Absichten zum Zwecke der friedlichen Lösung der verwickelten Probleme der auswärtigen Politik. Wärdchen ist recht beschreiben geworden. Im ersten Friedensmanifest las man doch anders. Der Hinweis auf „alle“ Mächte als Mitstreiber auf des Zaren Friedenswegen ist eine feine Satyre. England behält sein Streben soeben recht eigenartig in Südafrika und der Liebe deutsche Nachbar will 200 Schiffe bauen, um „Sammer“ sein zu können. —

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.

General Buller macht verzweifelte, und man darf wohl sagen, die letzten Anstrengungen zur Rettung von Ladysmith. Den Colenso-Übergang, in der Linie der Eisenbahn, kann er nicht nehmen und sucht nach einer besser geeigneten Durchbruchsstelle. Nötig, bitter nötig mag dieser Versuch sein, denn in Brüssel ist eine chiffrierte Kabeldepesche aus Pretoria eingetroffen, welche meldet, daß die Buren nun alle Ladysmith beherrschenden, bisher vor den Engländern inne gehalten Höhen genommen hätten. Damit ist die Not Ladysmiths auf dem Gipfel so-

bald die Buren Geschütze auf die genommenen Plateaus gebracht haben, bleibt den Engländern keine Wahl mehr. Ob General Buller mit einem selbst bei günstigstem Erfolge mehrere Tage Zeit beanspruchenden Umgehungsmanöver noch rechtzeitig kommen hoffen darf, erscheint höchst zweifelhaft. Zunächst kann er nicht einmal über den angegriffenen Kleinen Tugela.

Weitere Nachrichten liegen vom Kriegsschauplatz nicht vor, außer daß dem Neutralen Bureau aus Pretoria ohne Datum gemeldet wird: Amüslichen Mitteilungen zufolge sind die britischen Truppen am letzten Sonntag bei Colenso mit Verlusten zurückgedrängt worden; über die Verluste der Buren liegt noch kein weiterer Bericht vor.

Die Beschlagnahme deutscher Fischdampfer soll am nächsten Freitag vor dem Etat des Reichstages im Reichstag zur Sprache gebracht werden. Die Interpellation werde von dem nationalliberalen Abgeordneten Müller eingebracht werden. Sicher wird dann dort nicht nur die Stimme des Großkapitalismus, sondern auch die ruhigeren Erwägung laut werden. Denn selbst in der Post wird auf Grund offizieller Mitteilungen geschrieben: „Die Reichsregierung mußte vor allem darauf bestehen, daß von englischer Seite Entschädigungen in entsprechender Höhe gezahlt würden. Allem Anschein nach wird England auch in diese Forderung willigen und damit den wichtigsten Stein des Anstoßes aus dem Wege räumen.“ Lord Salisbury gerade habe gleich von Anfang an sich bemüht, Deutschland gegenüber einen verständlichen Ton anzuschlagen. Die Verzögerung der ersten Verhandlungen erklärt sich zum Teil mit daraus, daß dieselben mehrere Instanzen zu passieren hatten. Denn nicht das „Foreign Office“ (d. h. Auswärtige Amt), sondern die englische Admiralität hatte die Beschlagnahme der Schiffe verfügt.“ Es steht zu hoffen, daß der bisherige relativ günstige Gang der Beratungen weiterhin anhält. Nach der Nationalzeitung wird an amtlicher Stelle in Berlin der Abschluß der Angelegenheit durch das Zugeständnis Englands, ebenso für die Beschlagnahme des „Bundesrat“, wie für die bereits freigelassenen Schiffe „General“ und „Herzog“ Entschädigung leisten zu müssen, Anfang nächster Woche erwartet. Danach hat die Einbringung der Interpellation noch mehr den Charakter eines ganz überflüssigen „nationalen Entrüstungsaktes“ erhalten, als sie ihn an sich schon gehabt hätte. —

Nachrichten aus Magdeburg.

Reichstagsabgeordneter August Bebel spricht am Donnerstag im „Luisenpark“ über die politische Lage. —

Metallarbeiter-Ausschuss in Magdeburg.

Die Ausständigen der Firma Garrett Smith u. Co. erhielten am Sonnabend, den 13. d. Mts., abends 5 Uhr, ihren Lohn ausbezahlt. Die Auszahlung des Lohnes erfolgte von dem Herrn Betriebsführer Seebach selbst. Bemerkenswert ist, daß bei der Lohnzahlung vier Polizei-Beamte anwesend waren; drei derselben gingen vor dem Eingang der Fabrik auf und ab; einer war bei Ankunft der Arbeiter im Bureau, ging aber von dort nach hinten in die Fabrik. Ob dort noch mehr Beamte waren, ließ sich nicht feststellen. Unwillkürlich fragt sich jeder: „Welchen Zweck hat die Anwesenheit der Polizei?“ Bestrahlet man Ausschreitungen von Seiten der Arbeiter? Jeder der Arbeiter erhielt bei der Lohnzahlung seine Entlassung. Die Betriebsleitung ist jedenfalls der Meinung gewesen, die Arbeiter würden müde werden, wenn sie die Entlassung bekommen. Das Gegenteil ist aber eingetreten, jeder der Ausständigen nahm seine Entlassung mit frohem Gesicht entgegen; die Arbeiter wissen, daß hiermit nur ein Schachzug gemacht ist. Ob nun andere Arbeiter anfangen werden, das ist noch nicht entschieden. Wir wissen, daß alle Metallarbeiter, Kesselschmiede, Schmiede, Schlosser und Dreher sich mit den Ausständigen solidarisch erklärt haben; die Metallarbeiter werden nach dieser Erklärung handeln. Daraus ergibt sich, daß die Firma Ersatz von Arbeitskräften schwer bekommen wird. Sollte die Firma ihre Kessel auswärts machen lassen wollen, so ist es möglich, daß hierdurch auch in anderen Orten die Metallarbeiter zu diesem Ausstand Stellung nehmen werden. Die Streikenden erhielten am Sonnabend ihre Unterstützung ausgezahlt. Abtrünnig ist nicht einer geworden. Arbeitswillige sind nicht neu hinzugekommen. Wir erühen alle Arbeiterblätter von dem Fortbestehen des Streiks Notiz zu nehmen, denn immer sind es Arbeiter von anderen Städten, welche aus Unkenntnis der Verhältnisse hier anfangen wollen. Diese merken allerdings sehr bald den Stand der Dinge und gehen wieder weg. —

In einer Versammlung des Bürgervereins, die am Freitag im Blauen Recht tagte, wurde, wie wir im Besonderenbericht im General-Anzeiger lesen, angefragt, ob es zulässig sei, daß ein Magistralratssitzungszimmer zur Gründung eines politischen Vereins, wie des Flottenvereins, benutzt werde. Die Herren im Bürgerverein waren der Meinung, dieses sei unzulässig. Aus der Art, wie die Frage gestellt wurde, läßt sich ohne weiteres ersehen, ob die Wassermilitaristen sich einer solchen magistralratlichen Rücksorge erwidern, daß sie im Magistralratssitzungszimmer ihre konstituierende Sitzung abhalten könnten, oder ob dieses nur geplant ist oder war. Hoffentlich sind aber die Herren vom Flottenverein so taktvoll und besonnen, wenn es einmal geschehen sein sollte, in Zukunft für ihre Zusammenkünfte nicht solche Kammlichkeiten, die ihrer Bestimmung nach jeder politischen Partei verschlossen sein müssen. Das wird auch schon deshalb notwendig sein, weil der Flottenverein als politischer Verein seine Versammlungen anmelden und polizeilich überwachen lassen muß. Im Rathaus haben aber Polizeibeamte nichts zu suchen. Es ist übrigens bezeichnend für die anderen hiesigen Zeitungen, daß sie in ihrem Bericht über die Versammlung des Bürgervereins die oben mitgeteilte Anfrage und ihre Beantwortung nicht erwähnen. —

Die nächste Sitzung der Stadtverordneten findet am Donnerstag, den 18. Januar, statt. —

Das unrichtige Kalloskop, nicht Kaleidoskop, wie es infolge eines Druckfehlers in Nr. 6 unserer Zeitung hieß, wird noch weiter die Gerichte beschäftigen. Der Anwalt hat nämlich gegen das den Genossen Lanau freisprechende Erkenntnis des hiesigen Schöffengerichts Berufung eingelegt, sodas sich nunmehr das Landgericht mit der Frage beschäftigen muß, ob die öffentliche Sittlichkeit gefährdet wird, wenn in einem Kalloskop ein paar Bilder gezeigt werden, die eine nicht ganz bekleidete Negyin und einen Mann darstellen. —

— 25 Erbarbeiter, die im Alford pro Tag 3.50 bis 4.20 Mk. verdienen sollten, wurden vor einigen Tagen durch Inzerat im Generalanzeiger nach Mainz gesucht. Wie uns jetzt von einigen Leuten, die auf Grund dieses Inzerates in Mainz Arbeit nahmen, mitgeteilt wird, verdienen sie nur einen Lohn von 2.50 und 2.40 Mk. Auch das Kesselfeld wurde den Leuten nicht, wie versprochen, sofort zurückgezahlt. Der Schachtmester entgegnete vielmehr auf ihm deshalb gemachte Vorhaltungen, erst müßten die Leute einmal 14 Tage arbeiten, damit man sehe, was sie leisten könnten, dann würde ihnen auch das Kesselfeld ersetzt. Solche Erbarbeiter, die gezwungen sind, in Mainz auf Grund des Inzerates Arbeit zu nehmen, thun gut daran, sich erst über die Verhältnisse zu erkundigen.

— Die bei Friedrich Krupp auf dem Grusonwerk in Buchau beschäftigten Arbeiter hielten am Sonnabend abend in Friedrichslust eine Werkstattsversammlung ab. Dieselbe war mindestens von 1800 Personen besucht. Auf der Tagesordnung stand: „Die Arbeitsverhältnisse auf dem Grusonwerk und wie sind dieselben zu verbessern.“ Bei der Besprechung dieses Punktes wurden sehr viele Mißstände geschildert, die thatsächlich bestehen und in Wahrheit noch ärger sind, wie mitgeteilt wurde. Ein Arbeiter-Ausschuß, der auf dem Werke für Abhilfe sorgen könnte, besteht nicht; auch will die Leitung des Betriebes von der Wahl eines solchen Ausschusses nichts wissen. Der Krankentassenvorstand der Betriebskasse hätte für Beseitigung mancher Mißstände sorgen können. Für diese Unterlassungslünde wurde den betreffenden Personen ein Vorwurf gemacht. Der Vorstand der Kasse verteidigte sich damit, daß es außer seiner Macht stünde, solchen Anforderungen gerecht zu werden. Die Vorschläge, die von den Arbeitervertretern gemacht werden, finden keine Berücksichtigung. Nach 4 1/2 stündiger Debatte wurden zwei Personen gewählt, die bei der Direktion alle Klagen vorbringen sollen, mit dem Erlauben, um eine gründliche und baldige Besserung der Arbeitsverhältnisse. Diese Versammlung legte Zeugnis ab für die gute fortschreitende Gewerkschaftsbewegung der Metallarbeiter in Magdeburg. Die Arbeiter des Grusonwerkes sind hieran besonders beteiligt. Der General-Anzeiger brachte in seiner Sonnabendnummer eine Mann-Veilt; Streik in Sicht! die auf die obige Versammlung Bezug hatte. Der Berichtsteller wird in der Versammlung wohl zu einer anderen Ansicht gekommen sein.

— Ein ungetreuer Kassierer. Der bisherige Kassierer der zahllose Subenurg des Verbandes der Fabrik, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, des Schlosser Ernst Sants, Helmstedterstr. 14 wohnhaft, hat nach Unterschlagung von 120 Mark Verlinzschreiben das Weite gesucht. Die Sache ist bereits der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

— Mit den Arbeiten am Bau der Nordbrücke wird demnächst begonnen werden können, da die ministerielle Genehmigung der Baupläne erfolgt ist. Auch die Eisenbahnbehörde hat sich mit der Ueberbrückung der Eisenbahnanlage im Hofengrund im Prinzip einverstanden erklärt, so daß auch von dieser Schwierigkeiten nicht mehr zu erwarten sind, jetzt handelt es sich nur noch darum, daß die Eisenbahn zur rechten Zeit von der Dortmunder Union geliefert werden.

— Drei neue Haltepunkte für Personen und Gepäckverkehr wurden im Eisenbahndirektionsbezirk Magdeburg mit Beginn dieses Monats drei neu errichtete Haltepunkte für Personen- und Gepäckverkehr dem Betriebe übergeben, nämlich Endlichgützig zwischen Könnern und Belleben (an der gleichnamigen Bahnstrecke), Gr.-Schierstedt zwischen Giesleben und Wiersleben (an der Strecke Wittenberg-Giesleben) und Meisdorf zwischen Grumbach und Ballenstedt (an der Strecke Frose-Quedlinburg).

— Spielplan des Stadt-Theaters vom Dienstag, 16. Jan., bis Sonnabend, 20. Januar: „Die Zandberste.“ Papageno — Alfred Arnold vom Stadt-Theater in Nürnberg als Gast. Samstag — Karl Moseling vom Stadt-Theater in Aachen als Gast. — Mittwoch: (Lehles Gastspiel Irene Trieseh.): „Maria Magdalene.“ Maria Magdalene — Irene Trieseh als Gast. — Donnerstag: „Margarethe“ (Oper). Faust — Herr Epfrem als ersten theatral. Versuch. — Freitag: „Der Rigennerbaron.“ — Sonnabend: (Zum letzten Male) Auf allgemeines Verlangen: „Die Ahnfrau.“

Gerichtliche Urteile.

Schwurgericht Magdeburg.

Die in nichtöffentlicher Sitzung geführte Verhandlung richtet sich gegen die unverheiratete Wanda Pawlowska aus Bisdorf bei Staffurt wegen Kindesmordes. Da die Hauptbelastungszugung auch dieses Mal sowie das vorige Mal nicht erschienen war und aus ihren Versicherungen gegenüber anderen auch aus Ostpreußen nach hier geladenen Zeugen hervorgeht, daß sie trotz rechtzeitiger Ladung nicht erscheinen will, wurde die Sache vertagt, die zwangsweise Vorführung der Zeugin beschlossen und ihr 20 Mark Strafe sowie die Kosten des Termins auferlegt.

Landgericht Magdeburg.

Der Maurergeselle Wilhelm Linke aus Peine, geb. 1882, bejuchte die hiesige Baugewerkschule und stahl zwei Mitgeschültern im Jahre 1899 einen Nullenzirkel, sowie ein Portemonnaie mit 4 Mark. Dem Kaufmann Friedrich Sasse hier, mit dessen Sohn Linke bekannt geworden war, stahl er aus der Ladenkasse bar 17,80 Mark und aus dem Laden vier Karbons Cigaretten im Werte von 6,50 Mark, wobei er abgefaßt wurde. Da Sasse schon seit zwei Jahren häufig bestohlen war und in dem Angeklagten den Dieb vermutete, ließ er sich von seiner Mutter 300 Mark Entschädigung zahlen. Der Angeklagte wurde wegen Diebstahls in 3 Fällen mit 10 Monaten Gefängnis bestraft.

Die vorbestrauten Arbeiter Hermann Sagebaum, geb. 1877, Friedrich Knaut, geb. 1882, Wilhelm Lorenz, geb. 1877, und Emil Dertel, geb. 1874, zu Schönebeck, schlugen am 23. September 1899 gemeinschaftlich auf den Bierkutscher Wisweh los, der auf dem Bahnhof vor dem Stationsgebäude Bier abgab und sich verbat, daß Sagebaum seinen Bierden Stockhiebe versetzte. Bei der Schlägerei gebrauchte Knaut ein Messer, womit er dem Wisweh 4 Stiche in den Hinterkopf beibrachte. Der Gerichtshof verurteilte wegen gefährlicher Körperverletzung Sagebaum zu 1 Jahr 3 Monaten, Knaut zu 1 Jahr 6 Monaten, Lorenz und Dertel zu je 6 Monaten Gefängnis. Sagebaum und Knaut wurden sofort verhaftet.

Der schon öfter bestrafte Märlergeselle Friedrich Bachmann aus Burg, geboren 1880, stahl am 20. September 1899 dem Zimmermann Finke zu Angern mittels Einsteigens bar 142 Mark und eine Wurst, ferner dem Mühlenbesitzer Schweinhagen im Oktober aus dem Bieneuschuppen ein Paar Strümpfe. Da wiederholter Mißfall vorliegt, lautete das Urteil auf 1 Jahr und 1 Woche Gefängnis.

In nicht öffentlicher Sitzung wurde der vorbestrafte Arbeiter Albert Finke hier, geboren 1868, von der Anklage der Majestätsbeleidigung freigesprochen, weil der Gerichtshof vermutete, der Angeklagte habe die Selbstbeleidigung nur erfunden, um sich wegen Arbeitslosen ein Unterkommen im Gefängnisse zu verschaffen.

Provinz und Umgegend.

Röthen. (Entsprungen.) Am Sonntag abend ist es einem Untersuchungsgefangenen, dem Arbeiter Max Maltonens aus Leipzig, gelungen, aus dem hiesigen Gerichtsgefängnisse zu entspringen. Am des Flüchtlings wieder habhaft zu werden, alarmierte man dann in aller Eiligkeit den hiesigen Anstaltschef (A), der nun mit seiner Schelle durch die Straßen zog und den Bewohnern der Stadt dies Ereignis verkündete. Noch wirksamer wäre es wohl gewesen, wenn der Anstaltschef seine Ankündigung mit dem üblichen Schlußsatz: „wegen gute Belohnung abzugeben“ etc. geschlossen hätte. So geschahen am Ende des 19. Jahrhunderts in einer Stadt von 23000 Einwohnern!

Staffurt. (Betäubt.) Beim Reinigen einer Abortwanne wurde der Arbeiter Trippler durch die Gase betäubt; um sei e Rettung bemühten sich nach einander 4 Personen, diese wurden jedoch bei ihrem Bestreben, dem in der Grube befindlichen heftend herauszuheben, von Gasen betäubt und es wäre um sie alle geschehen gewesen, wenn nicht herbeigekommene Männer sämtliche Personen, die bereits bewusstlos waren, aus der Grube herangeholt hätten.

Torgau. (Soldaten als Sittlichkeitsverbrecher.) Von zwei Soldaten angefaßt wurde am Sonntag abend 11 Uhr beim Nachhausegehen die 15jährige Tochter eines hiesigen Schuhmachers, obgleich der 14jährige Bruder der Angefaßten war. Durch das Geschrei der Geschwister erreichte ein Bahmwärter her und vertrieb die Unholde. Die Attentäter sind bereits in Haft gelangt.

Mosla a. S. (Von eigenen Vater demunziert.) Im nahen Breithagen wurde ein Deferteur vom 50. Infanterie-Regiment in Rawitsch verhaftet. Der junge Mann stammt aus Breithagen, war im September v. J. von seinem Regiment entwichen und hat sich seit dieser Zeit in den Wäldern hier umgetrieben. Seit kurzer Zeit hatte er sich unter falschem Namen in Witteldorf bei Buxleben vermielet. Er kam nach Hause, um sich Kleidungsstücke zu holen. Doch sein Vater meldete dies der Ortspolizei, welche den Deferteur verhaftete.

Meine Chronik.

Am 29. Dezember stirzte in dem Dorfe Sablach bei Oberberg in Schlesien ein im Bau begriffener Brunnen ein und verschüttete den Brunnenmeister Stiba und seinen Gehilfen Stutta. Beide sanken Tage klammerte sich kein Mensch um das Schicksal der Verunglückten; dann erst begann man mit den Nachgrabungen. Dabei stellte sich die entsetzliche Thatsache heraus, daß der eine der Verschütteten noch lebe; Arbeiter, welche an dem Rettungswert teilgenommen, behaupten eiblich, sie hätten sich noch am Sonntag mit dem verunglückten Stiba verabschiedet, er habe auf ihre Fragen geantwortet und sie um Nahrung angefleht. Als man auf die beiden Verunglückten stieß, waren weitere fünf Tage verlossen; man fand sie beide als Leichen auf. Stutta dürfte sofort nach dem Eintritte der Katastrophe den Tod gefunden haben. Vermutlich des verunglückten Stiba aber ergab die gerichtliche Obduktion, daß der Tod erst vor etwa vier Tagen eingetreten sein mußte. Wegen die Schuldigen ist bereits Strafanzeige erstattet worden.

Barren Schlägler aus Wilmanns dorf, früher in Wroch, wurde am Freitag wegen eines Vergebens gegen den § 175 des Str. G. in Basel verhaftet.

Zu dem Eisenbahnunfall in Fischweiler wird jetzt weiter gemeldet, daß der verbrannte Postwagen die gesamte Post aus Norddeutschland nach der Schweiz und Italien enthielt. Dem Vernehmen nach sollen die verbrannten Werte über eine Million Mark betragen. Bei den Aufräumarbeiten wurden mehrere Klumpen geschmolzenes Silber, teilweise mit Gold vermischt, auch sieben Taschenuhren gefunden, die zweifellos von den Wertgegenständen in den Postwägen herabgefallen.

Der vermisste Dampfer „Pierre-le-Grand“, der zu Anfang Dezember mit 3880 Tonnen Getreide und 4500 russischen Schafen von Döbsta nach Marseille abgegangen war, gilt nunmehr für verloren. Das Schiff ist vermutlich am 21. Dezember während eines starken Nordoststurmes auf dem Ionischen Meere untergegangen. Trümmer des Schiffes sind inzwischen von dem Dampfer „Sidon“ bemerkt worden. Die Besatzung bestand aus 38 Mann, meist aus Korsika; außerdem waren sechs russische Viehwärter an Bord.

Marktberichte.

Magdeburg. Getreide (gelbe zum Kochen) 18,00—22,00 Speisebohnen (weiße) 17,00—36,00. Linen 20,00—42,00. Erbsen 17,00—35,00. Nudeln 3,50—4,00. Krummstroh 2,50—3,00. Gerste 5,50—7,00. Alles für 100 Kilogramm. Weizen (in Großhandel) 0,90—1,04, von der Skala 1,40—1,50. Weizen 1,20—1,30. Schweinefleisch 1,20—1,40. Kalbfleisch 1,20—1,40. Hammelfleisch 1,30 bis 1,40. Speck (geräuchert) 1,80. Schmalz 2,20—2,60. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 4,40—5,20.

Wasserstände.

4. bedeutet über — unter Null		14. Jan.		13. Jan.	
Ort	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand
Uffstrut und Saale.					
Straußfurt	13. Jan. + 1.10	14. Jan. + 1.05	0.05	—	—
Lotha	„ + 2.10	„ + 1.98	0.12	—	—
Alstedden	„ + 2.00	„ + 1.98	0.02	—	—
Bernburg	„ + 1.57	„ + 1.52	0.05	—	—
Salze, Dreyegge	„ + 1.60	„ + 1.68	—	0.02	—
bo. Unterp.	„ + 1.16	„ + 1.04	0.12	—	—
Mulde.					
Dessau	13. Jan. + 0.67	14. Jan. + 0.50	0.17	—	—
Muldebrücke.					
Afer, Eger, Moldau.					
Jungbunzlau	12. Jan. + 0.18	13. Jan. + 0.14	0.04	—	—
Lann	„ + 0.32	„ + 0.20	0.12	—	—
Hudweis	„ + 0.08	„ + 0.06	0.02	—	—
Prag	„ + 0.51	„ + 0.43	0.08	—	—
Elbe.					
Farndubitz	12. Jan. —	13. Jan. —	—	—	—
Brandis	„ + 0.42	„ + 0.48	—	0.06	—
Rehmitz	„ + 0.41	„ + 0.40	0.04	—	—
Leitwitz	13. „ + 0.68	14. „ —	—	—	—
Wustla	„ + 0.68	„ —	—	—	—
Dresden	„ + 0.66	„ —	—	—	—
Torgau	„ + 1.65	„ + 1.40	0.25	—	—
Wittenberg	„ + 2.44	„ —	—	—	—
Roslan	„ + 1.95	„ + 1.66	0.27	—	—
Barby	„ + 2.38	„ + 2.20	0.18	—	—
Schönebeck	„ + 2.19	„ —	—	—	—
Magdeburg	14. „ + 1.95	15. „ + 1.74	0.21	—	—
Zangermhnde	13. „ + 2.61	14. „ + 2.76	—	0.12	—
Wittenberge	„ + 3.41	„ —	—	—	—
Dömitz, Pegel	„ + 2.67	„ + 2.67	—	—	—
Lauenburg	„ + 1.63	„ —	—	—	—

Reichstagsabgeordn. August Bebel

spricht am **Donnerstag abend 8 Uhr** in einer im **Luisenpark**, Spielgartenstraße, stattfindenden **Versammlung der Sozialdemokraten Magdeburgs**

über das Thema: **Die politische Lage.**

Wieder eingetroffen:
Karl Kautsky:
Bernstein und das sozialdemokratische Programm
Eine Antikritik.
Preis 1 Mark. Preis 1 Mark.
Buchhandlung Volksstimme.

Pa. Briquetts
hohe Heizkraft, wenig Asche
Tausend Mk. 5.50
in Fuhrn billiger.
Pa. Braunkohlen p. Ctr. 65 Pf.
Carl Franke
Kohlenhandlung S. 113
Wuhneweg, Fernspr. 909.
Empfehle meinen Vorrat selbstgefertigter
Böttcherwaren.
Bestellungen und Reparaturen werden schnell und billig ausgeführt. **Wilh. Jann.**
Böttcherei, Gr. Dörschlag, Breitestraße 7.

Bahnatelier Wilhelmstadt.
Otto Danneberg
Gr. Dörschlagstraße 35 II.

Masken-Anzüge sind zu verkaufen
Unterstraße 4, VI.
Kanonensosen und gebe. Nähmaschine zu verkaufen Prälattenstraße 18, v. 4 Tr.

Magdeburgs größtes und ältestes Pfand-Leih-Haus
Adolph Michaelis
Gegründet 1851 Apfelstraße 16 Gegründet 1851
empfeht sich zur Beleihung von Herren- und Damen-Garderoben, Wäsche, Betten, Gold- und Silberfachen, Uhren, Fahrrädern, Nähmaschinen, sowie größeren Posten jeder Art und in jeder Höhe. 3779

Steingut, weiss und dekoriert

so lange der Vorrat reicht, um zu räumen:

Kindertassen	Stück 1 Pfg.	Weisse Teller, mit kleinen Fleckern, groß und klein	Stück 2 Pfg.
Kaffetumpen	Stück 1 Pfg.	Kinderteller, bunt	Stück 2 Pfg.
Nachtgeschirre	Stück 15 Pfg.		
Milchtöpfe	von 2 Pfg. an		
Kartoffelnäpfe mit Deckel, bunt dekoriert	Stück 27 Pfg.		

Warenhaus S. Pincus Kaiserstraße 20.

Kur- und Bade-Anstalt
Breiteweg 31 Neustadt Breiteweg 31
empfehl. für die Bereicherung
sämtlicher Bäder.
Geöffnet von morgens 8 bis abends 8 Uhr.

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften
Unentgeltliches Auskunftsbureau
Kleine Klosterstraße 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts.
Fernsprech-Anschluss 1409.
Geöffnet: Vormittags 9-1 Uhr, nachmittags 3 1/2-7 1/2 Uhr.
Kostenlose Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiderlei Geschlechts sowie kostenlose Auskunft in Sachen der Unfall-, Invaliditäts- und Krankenversicherung, Privatfahnen, Armenrecht, Mietsverhältnisse, Dienstboten-, Lehrlings- und Lohn- und Arbeitsverhältnisse.
Gesucht werden:
Tischler, Klempner auf Kupfer und Zinn, Stelmacher, Birtenmacher, Sattler auf Bogenspann (selbstständig), 2 Lehrlinge für Buchdrucker, 3 Lehrlinge auf Mechanik, Dienstmädchen und Dienstmädchen auf Landwirtschaft.

Stadt. Arbeitsnachweisstelle
unentgeltlich. Bei der Hauptwache Nr. 5
Fernsprech-Anschluss: Nathaus Nr. 2150-2155.
Männliche Abteilung: 8-12 Uhr vorm. und 3-6 Uhr nachm.
Weibliche Abteilung: 10-12 Uhr vorm. und 4-7 Uhr nachm.
Es werden gesucht:
Männliche Abteilung:
Männliches Personal aller Art, viele Pferde- und Kutschknechte, ferner Lehrlinge für Maler, Buchbinder, Tapezierer und Dekorateur und Barbier.
Weibliche Abteilung:
Stellungsuchende Personen aller Berufe und Stände für häusliche und geschäftliche Arbeiten aller Art.

Rüchenspißen
Papier und Schirting
schönste Muster
à Meter von 5 Pfg. an
zu haben in der
Buchhandlung Volksstimme
Jakobsstraße 40.

Bindseil's
"Contact"
(Fischleim)
in Dosen à 15 und 25 Pfg.
in Flaschen à 25 und 45 Pfg.
- klebt, leimt, kittet alles -
zu haben in der
Buchhandlung Volksstimme
Jakobsstraße 49.

Die Kinder strogen
von Gesundheit, welche mit
Karl Koch's Nährzwieback
genährt sind. Derselbe bildet den Kindern ge-
lindes Brot, starken Knochenbau und ist wegen
hoher Nährwertes geeignet, die Kinder
vor den Folgen fehlerhafter Ernährung
als: Strophulose, Drüsen, Darm-
katarrh, Rachitis, Knochenent-
kalkung usw. zu schützen. In Dosen und
Baketen zu 10, 20, 30 und 60 Pfg. Ver-
kauf nur allein echt in Originalpackung bei
Haupt-Depot: **Ad. Haubericht, W. Lamm jr., Fischlerbrücke.**
Ww. Matthias, Berlinerstraße 25.
H. Sens, Wilhelmstr. 6, Dresden.
Magdeburg-Graben:
H. Starkloff, P. Markowski,
Wesend-Druggerie.
Magdeburg-Neustadt:
H. Nachtway, Schmidstr. Gust. Graf, Friedrich Paul, Breiteweg 101.
Druggen-Handlung, **G. Wehmeyer,**
Germania-Druggerie, **E. Stengel,**
Breiteweg.
Buda: **E. Pensky, Kofenapothete.**
Staßfurt:
**F. Hedicke, F. M. Kilian, Wachtel-
straße 15, Fr. Henkel, C. Nauke.**
Schneebed: **Germania-Druggerie,**
Gustav Minkus. 60

Die Neue Zeit.
Revue
des geistigen und öffentlichen Lebens.
Wöchentlich erscheint eine Nummer
zum Preise von 25 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksstimme
sowie sämtl. Kolporteur.

Ausverkauf
meines großen
**Betten- und
Bettfedern-Lagers**
zu
enorm spottbilligen Preisen:
Oberbetten
für nur 7, 9, 11-20 Mark
Unterbetten
für nur 5 1/2, 7, 8-14 Mark
Kissen
für nur 2, 3-5 1/2 Mark
Etwas angestaubte Bettteile
spottbillig.
■ 500 Pfund ■
weisse u. halbweisse prachtvolle
Gänsefedern ■
für nur
1.70, 2.00 u. 2.50 pr. Pfd.
**75 Bettstellen
und Matratzen**
für nur
18, 24, 28-35 Mark
Julius Rosenberg
Katharinenstr. 18.

Beste grüne Bohnen
die 2 Pfund-Dose nur 30 Pfg.
empfehl.
L. W. Lüder
Gr. Markt- u. Stephansbrückenack.
Größtes Hansbrot
à 50 Pfg.
schwarzb. 6 Pfd., weißb. 5 1/2 Pfd. schwer,
liefert die Bäckerei Kl. Klosterstr. 17.

**Buchhandlung
Volksstimme**
49 Jakobsstraße 49.
Wieder eingetroffen:
**Arbeiter-
Notiz-Kalender**
für das Jahr 1900.
Preis 60 Pf.

Dampf-Bade-Anstalt
Grosche Schulstr. 1, 1 Tr. 13705
Geöffnet v. 8-8 Uhr. Sonntags bis mittags
Bierant sämtlicher Krankenkassen.
Verztl. Sprechstunden von 3 1/2-4 1/2 Uhr.

Kaufe fortwährend
Kanarienhähne
zu höchsten Preisen.
Weibchen à 50 Pfg.
J. Zähler, Annastr. 25.

**Rüchenspißen des Lehrereins und
Damenheims,**
Breiteweg 42, 1 Tr.
Dienstag: Hasenbrühe, deutsches Beefsteak,
Prinzesskartoffeln.
Mittwoch: Brühsuppe mit Nudeln, Kalb-
fleisch, holländische Sauce, Bouillonnaise.
Donnerstag: Brühsuppe mit Rindfleisch,
Hammelbraten, grüne Bohnen, Salz-
kartoffeln.
Freitag: Erbsenbrühe, Apfelsauce, Karbonade,
Sonntags: Brühsuppe mit Reis, Besamelle-
kartoffeln, Rindfleisch.

**Rüchenspißen der Magdeburger
Vollstücken**
Hauptwache 5 und Schmidstr. 61.
Dienstag: Bohnensuppe mit Rindfleisch.
Mittwoch: Kohlrüben mit Schweinefleisch.
Donnerstag: Linsensuppe mit Rindfleisch.
Freitag: Schmortohl mit Salzkartoffeln
und Würstchen.
Sonntags: Graupensuppe mit Hammel-
fleisch.

Aust. Logis für zwei junge Leute
Heiliggeiststr. 2. 27
* Gutes Logis, nach vorn, sep. Eingang
Nottebohmstraße 34/35, 1 Treppe, links.
A. Logis m. R. Bismarckstr. 26, Dinnbierstr. 24
Frdl. Logis Umfassungstr. 63 v. I. 21
Frdl. Logis Grünstraße 14a, 2 Treppen.
* Mitliebesbuch d. Neust. Konj.-Ver. Nr. 7729
verl. Abz. Neust. Nachtweide 48a 6. Kammerstr.

Berichtigung.
Zu dem Inserat von **Naphae
Wittkowski** in voriger Nummer
ist infolge eines Fehlers unterlaufen,
als es zu Anfang unter „Auszug“
von Seite 4 ab heißen muß:
6 Stück Haarnadeln 3 Pfg.,
2 Stück Bürtelnadeln 5 „
2 Paß Lockennadeln 1 „
* Unf. lieben Mutter zum 68. Geburtstag,
die herzl. Glückwünsche. Familie Gläfer.
* Frau Lise Thierbach zum 30. Wiegen-
festen wünsche ich das allerbeste. D. G.

Meiner Kollegin Lise Thierbach zu ihrem
30. Geburtstag die herzl. Wünsche. D. G.
* Wasch und Wasch zum heutigen Wiegen-
festen ein dreifaches Hoch! Familie Hoff.

Todes-Anzeige.
Am Sonnabend abend 9 Uhr starb
plötzlich meine liebe Frau, meine gute
Mutter
Elise Berken
geb. Diedmann
im 38. Lebensjahre, was wir hiermit
allen Freunden und Bekannten tief-
betrübt anzeigen.
Die Trauernden hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Mittwoch,
nachmittags 3/3 Uhr von der Leichen-
halle des Westfriedhofes aus statt.

Stadt-Theater.
Dienstag, den 16. Januar 1900:
Die Zauberflöte.
Papageno - Alfred Arnold vom Stadt-
theater in Nürnberg als Gast.
Sarastro - Karl Roeseling vom Stadt-
theater in Aachen als Gast.

Walthalla
!!Seelöwen!!
Das Großartigste der Saison!

Walthalla
Parterre-Säle:
Jeden Abend:
Gr. Volk-Konzert

Circus-
Theater.
Heute Dienstag:
Ein neues Programm!
In Magdeburg noch nicht gesehen.
Unter anderem:
Der Bure zu Pferde.
Die Riesenbraut.
Kleine Preise. Kinder die Hälfte!
In Vorbereitung:
**Magdeburg wie es baut
und fracht.**

Standesamt.
Magdeburg, 13. Januar.
Aufgebote: Amtsrichter Paul Wiener
in Neuwied mit Margarethe Dammann h.
Dachdecker Karl Friedrich Wilhelm Nische
mit August Emma Maria Baureis in
Stendal Arbeiter Gustav Kluge hier mit
Witwe Marie Dorothea Kriebel, geb. Müller,
in Oranien. Polizeibote Friedrich Wilhelm
August Schmidt h. mit Agnes Anna Luise
Christa in Neudorf.

Geschlicheung: Buchhalter Karl
Wischerow in Neustadt mit Hedwig Hölke h.
Geburten: Luise, T. des Tischlers
Karl Effenhuth, Emma, T. des Schmieds
Friedrich Theuerlauf, Reinhold, S. des
Buchbinders Reinhard Schubert, Albert,
Sohn des Arbeiters August Diedmann,
Linn, T. des Schlossers Bernhard Köhler,
Helene, T. des Arbeiters Wilhelm Starig,
Paul, S. des Tapezierers Aug. Ebering,
Todesfälle: Franz Stoll, Bremser,
32 J. 10 M. 9 T., Pauline, T. des Ar-
beiters Franz Franke, 2 M. 16 T., Luise,
T. des Tischlers Karl Effenhuth, 1 T.,
August Jordan, pens. Briefträger, 60 J.,
6 M. 9 T., Bernhard Thiel, Kaufmann,
43 J. 6 M. 10 T., Joseph Strzelinski,
Arbeiter a. Domestleben, 21 J.
Totgeborene: Eine T. des Arbeiters
Friedrich Theuerlauf.

Eubenburg, 13. Januar.
Geschlicheungen: Kaufm. Ernst
Ernst Jacob mit Elisabeth Strümpel h.
Bader Johannes Math mit Katharina Thow
hier.
Geburten: Walter, S. des Blech-
schmieds Hermann Vallerstedt, Margarete,
T. des Arb. Karl Meyer, Frieda, T. des
Eisenrehers Karl Könnede, Emma, T.
des Arb. Franz Danter, Karl, S. des
Maurers Heinrich Klinge.
Todesfälle: Wilhelm Kersten, Arb.,
52 J. 5 M. 27 T.

Buckau, 13. Januar.
Aufgebote: Fleischermeister Wilhelm
Otto Höbert mit Franziska Pischke hier.
Arb. Karl Jacob mit Helene Emma Anne
Grunwald.
Geschlicheungen: Güterbodenarb.
Karl Otto Gabel in Ebbeln mit Anna
Wilhelmine Luise Götz hier. Maschinist
Duo Friedrich Wilh. Leibig mit Emilie
Luise Häbde hier.
Geburten: Elsa, T. des Arb. Josef
Zanich, Elise, T. des Arb. Karl Albrecht,
Martha, T. des Arb. Leopold Redlich.
Todesfälle: Gottlieb, T. des Eisenb.-
Boten Hermann Sektin, 2 M. 15 T.

Neustadt, 13. Januar.
Geschlicheungen: Arbeiter August
Ehrlich mit Friederike Bahf. Schloss. Karl
Werner mit Martha Boy.
Geburten: Hermann, S. des Zimmer-
manns Julius Preisig, Karl, S. des
Maschinisten Gustav Jacob, Emma Hedwig,
mehelich, Ernst, S. des Arbeiters Karl
Seiffert, Hermann, S. des Ligarrenmach.
Ludwig Brune, Bertha, T. des Schlossers
Hermann Rieß, Margarete, T. des Buch-
druckermeisters Franz Eggert, Margarete,
T. des Dieners Otto Schmidt, Elise, T.
des Arbeiters Karl Kelm.

Todesfälle: Wilh. Robert, mehel.,
M. 30 T., Zimmermeister Hermann
Bethge, 58 J. 1 M. 17 T., Marie, T.
des verstorbenen Arbeiters Karl Henning,
11 M. 1 T., Elisabeth, T. des Lagerver-
walters Oskar Faustmann, 11 T., Robert,
S. des Kammerjägers Robert Bauer,
26 T., Maurer Karl Leuge, 49 J. 6 M.
27 T.

Cracau.
Aufgebote: Arb. Gustav Kluge in
Magdeburg mit Witwe Marie Dorothea
Kriebel geb. Müller in Cracau.
Geburten: Ernst Otto Friedrich, S.
des Arb. Ernst Mittenhof in Preßer,
Friedrich Paul, S. des Arb. Aug. Stange
in Preßer, Arnold Berthold Waldemar,
S. des Maschinisten Andreas Balkan in
Cracau, Wilhelm Franz, S. des Bäder-
meisters Franz Hammer in Pechau.
Totgeburt: Ein Sohn des Arbeiters
Rich. Döbert in Cracau.
Burg, 10. Januar.
Geburten: Sohn des Magistrats-
Sekretärs Arthur Weich, Sohn des Arb.
Anton Fischer, Tochter des Böttchers Karl
Mackenburg, Tochter des Maurers August
Schiller.
Todesfälle: Witwe des Handelsm.
Wiltendorf, Karoline geb. Saame, 79 J.

Zur Wahlbewegung im Wahlkreise Calbe-Mischerleben.

Die Knochenfleischsuppe.

Herr Placke, der ordnungsparteiliche Kandidat hat die Wahlagitatio begonnen mit — einer Beleidigungslage gegen einen Maurer und hatte dem auch die Genehmigung, daß derselbe zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Dem Urteil lag folgender Thatbestand zu Grunde. Während der Wahlbewegung von 1898 tauchte plötzlich eine angebliche Aeußerung des Herrn Placke aus dem Jahre 1890 auf, nach welcher er in einer Wählerversammlung gesagt haben soll, die Arbeiter verdienen Geld genug, sie könnten für 15 Pfg. Knochenfleisch eine recht gute Suppe kochen. Die Aeußerung wurde viel im Wahlkreise besprochen und auch, wenn auch nicht in dem Maße wie jetzt behauptet wird, bei der Wahlagitatio benutzt, nachdem von seiten des Genossen Albert Schmidt genaue Informationen über die Wahrheit des Gerüchtes eingebracht worden waren. Nachdem Herr Placke im Wahlkampfe unterlegen war, stellte er gegen den Genossen Greiner in Mischerleben, der die Knochenfleischsuppe in einem Flugblatt wiedergegeben hatte, Strafantrag wegen Beleidigung. In dem Termin gegen denselben wurde zwar festgestellt, daß Genosse Albert Schmidt in unverantwortlicher Weise getäuscht worden, und daß die Aeußerung nicht gefallen war, das Gericht erkannte aber auf Freisprechung, weil die Aeußerung keine Behauptung sei, die Herrn Placke in der öffentlichen Meinung herabwürdigen könne. Herr Placke meint aber anderer Meinung zu sein, denn als ein Maurer in einer Maurerverammlung in Thale die Knochenfleischgeschichte wieder aufrief, stellte er Strafantrag wegen Beleidigung. In der Sache stand kürzlich Termin an vor dem Duedlinburger Schöffengericht. Bei der Verhandlung erklärte der Zeuge Stadtrat Brauns, die Knochenfleischgeschichte sei daran schuld gewesen, daß bei der vergangenen Wahl Placke dem Sozialdemokraten Schmidt unterlegen sei. Zehn auswärtige Redner hätten der Sozialdemokratie nicht so viel nützen können, als die Knochenfleischsuppe ihr genützt habe. Der Vertreter des Klägers behauptete, daß die Sozialdemokratie im bevorstehenden Wahlkampfe die Knochenfleisch-Geschichte zur Wahlparole machen wolle. Vom Amtsrichter wurde aber bei der Urteilsverkündung betont, daß die Beleidigung durchaus in keiner Weise mit der gegenwärtigen Wahlbewegung in Zusammenhang zu bringen sei, es sei von keinem Zeugen der Beweis hierfür erbracht worden. Das hindert das amtliche Duedlinburger Kreisblatt aber keineswegs, in seinem Berichte über die Versammlung zu behaupten, die Knochenfleischlegende sei dazu bestimmt, die Hauptrolle in der bevorstehenden Wahlagitatio zu spielen. Das Schöffengericht Duedlinburg erblickte im Gegensatz zu dem Landgerichte Halberstadt in der Aeußerung eine Beleidigung des Herrn Placke und verurteilte den Angeklagten. Herr Placke hat also eine, wenn auch etwas magere Genugthuung erhalten. Ob es aber klug von ihm war, gerade auf diese Weise die Agitatio für seine Kandidatur zu beginnen, wird der Wahlausfall ja lehren. Jedenfalls werden wir nun Gelegenheit nehmen, demnächst Herrn Placke den Wählern des Wahlkreises Calbe-Mischerleben

nochmals als Retter seiner Ehre vorzuführen gelegentlich eines anderen von ihm durchgeführten Prozesses. Wenn es Herr Placke für gut befindet, vor seinen Wählern als Mundweiser zu paradien, uns soll's recht sein, wir werden ihn in diesem Bemühen nach Möglichkeit unterstützen. Darüber, daß die Knochenfleischlegende ungenügend aus der Welt geschafft ist, können wir nur unsere Befriedigung äußern. Die Sozialdemokratie verfügt über eine solche zündende Wahlparole gerade in diesem Wahlkreise, daß sie auf solche geschmacklose Mittel verzichten kann.

Das Programm des Herrn Placke.

In einer Versammlung von Vertrauensmännern der nationalen Mittelpartei, die in Staßfurt stattfand, entwickelte Herr Placke nach dem Schönebecker Tageblatt folgendes Programm: „Vor allem wird er im Falle seiner Wahl warm für die Verstärkung der Flotte eintreten, um den deutschen Handelsinteressen einen besseren Schutz als bisher zu verschaffen und solche Vergewaltigungen für die Zukunft unmöglich zu machen, wie sie die englischen Kriegsschiffe jetzt ausüben. Sodann wandle Redner sich zu der bevorstehenden Beratung der Handelsverträge, ohne die wir nicht auskommen, da sie die wünschenswerte Stabilität in Handel und Wandel schaffen. Sein Bestreben würde aber darauf gerichtet sein, einen Ausgleich der Interessengegenstände herbeizuführen, damit Landwirtschaft, Industrie und Handel gleichmäßig günstige Lebensbedingungen erhalten. Die Bestrebungen der Sozialdemokraten werde er allerwege bekämpfen, denn sie bilden jetzt schon mit ihrer straffen Organisation, ihren Steuererhebungen, ihrer Polizei einen gefährlichen Staat im Staate.“ Also, uferlose Weltpolitik, Erhöhung der Getreidezölle, Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie, das ist das Programm des Herrn Placke. Wird da die Sozialdemokratie einen leichten Stand haben. In der Versammlung war auch Herr Kreuz als Bitterfeld, früherer antisemitischer Agitator, jetzt Geschäftsführer des Bundes der Landwirte, anwesend. Den Herrn hat vermutlich die Absicht hingeführt, näheres über die Stellung des Herrn Placke zur Handelsvertragspolitik zu erfahren. Wenn sich in dieser Beziehung Herr Placke nicht unter das laubische Joch des Bundes der Landwirte beugt, wird ihm vielleicht noch ein antisemitisch-bündlerischer Gegenkandidat entgegengestellt. Gerissene Geschäftspolitiker, wie die Herren ja einmal sind, werden sie sich den Teufel darum scheren, daß es für jeden „Patrioten“ heilige Pflicht ist, die Wahl des „Majestätsbeleidigers“ zu hintertreiben. Ein niedliches Schachergeschäftchen hatte Herr Kreuz ja auch schon im Jahre 1898 mit der „nationalen Mittelpartei“ abgeschlossen. Damals fungierte Bundeswald als antisemitisch-bündlerischer Kandidat, der in der schärfsten Weise gegen den „Freihändler“ Placke zu Felde zog — aber nur bis zur Hauptwahl. Für die Stichwahl wurde die Parole ausgegeben: Eintreten für Placke, wie sich später herausstellte, weil die Partei des Herrn Placke die antisemitischen Wahlkosten (wie hoch sich dieselben belaufen, hat man niemals erfahren) bezahlte. Die Anwesenheit des Herrn Kreuz in Staßfurt kann nur den Zweck gehabt haben, ein ähnliches Geschäft für die jetzige Wahl anzubahnen. Um Geld hat es sich wohl nicht gehandelt, davon hat der Bund ja selbst genug. Wohl aber wird sich Herr

Placke dem Bund mit Haut und Haaren verlaufen haben. Auf andere Weise kann er Unterstützung von dieser Seite nicht erlangen.

Die Kriegervereine sollen mobil gemacht werden.

Diesen Plan verrät Herr Hirschfelder im Schönebecker Tageblatt. Es heißt da: „Im Kreise Mischerleben giebt es nach dem neuen Jahrbuche 4067 und im Kreise Calbe 5854 Mitglieder von Kriegervereinen, bei diesen liegt diesmal die Entscheidung der Reichstagswahl. Gerüchweise verlautet übrigens, daß die Schmidt'sche Kandidatur doch noch von der sozialdemokratischen Partei fallen gelassen werde, womit die bürgerlichen Parteien leider einer guten Wahlparole beraubt würden.“ Die gute Wahlparole werden wir den „nationalen Mittelparteien“ lassen. Wie diese die Agitatio zu betreiben gedenken, erfährt man aus folgenden Ausführungen des oben genannten Blattes. „Wissen kann es ja niemand vorher, aber unter der Parole: „Gegen den Majestätsbeleidiger für die Verstärkung der Flotte, für gleichmäßigen Schutz von Landwirtschaft, Handel, Industrie“ müßte es, zumal diesmal keinerlei Zersplitterung unter den bürgerlichen Parteien herrscht, ganz selbstsam zugehen, wenn der sozialdemokratische Kandidat siegen sollte. Man heißt es aber, alle Mann auf Deck und fleißig gearbeitet, damit am Wahltage der Sieg auf Seite der königstreuen Bürger falle. Jegliche Laune, jeder Mißmut sei verbannt, es gilt unserem geliebten Kaiser zu zeigen, daß der Wahlkreis Calbe-Mischerleben ihn weder aus Fahrlässigkeit, noch aus Dummheit, noch aus Uebelwillen persönlich beleidigen läßt!“ In einem Berichte über eine sozialdemokratische Wahlversammlung lesen wir: Außerdem plädierte er (der Referent Genosse Adolf Hofmann) für Abschaffung der Majestätsbeleidigungs-Paragrafen. Die bürgerlichen Parteien werden jedoch dafür sorgen, daß lieber die Majestätsbeleidiger verschwinden.

Nach diesen Stichproben zu schließen, scheinen die „nationalen Mittelparteien“ die Absicht zu haben, den Wahlkampf auf die Majestätsbeleidigungsaffäre zuzuspitzen. Sie hoffen, mit einem Appell an den blindwichtigen Patriotismus ihre Geschäfte am Besten zu machen und lassen daher alle anderen Fragen aus dem Spiel. Es ist selbstverständlich, daß bei dem Wahlkampfe die Verurteilung des sozialdemokratischen Kandidaten und vor allen Dingen der Majestätsbeleidigungsparagraf überhaupt eine hervorragende Rolle spielen wird. Daneben aber werden wir es uns nicht nehmen lassen, auch die Stellung der Kandidaten zu allen schwebenden Fragen zu beleuchten. Wenn die „Ordnungsparteier“ glauben, mit bloßen Tiraden eine künstliche Hurra Stimmung erzeugen zu können, die in patriotischen Paroxysmus unbesehen den reaktionärsten Kandidaten mit in Kauf nimmt, dann irren sie sich. Dafür wird die Sozialdemokratie schon sorgen.

Aus der Parteibewegung.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beischäftigte sich in ihrer letzten Sitzung, auf Anregung von seiten des Parteivorstandes, mit der Frage: ob durch Aufhebung des Koalitionsverbotes für politische Vereine Anlaß zur Abänderung und Umgestaltung der Parteiorganisation gegeben sei? In der

Feuilleton.

Der Roman einer Verschwörung.

Von A. Ranc.

Aus Deutsche übertragen von Marie Kunert.

(57. Fortsetzung.)

Die drei blauen Brüder berieten sich einen Augenblick durch Blicke. Dann nahm einer das Wort:

„Wir haben nicht zu wählen, Bürger Rochereuil,“ sagte er. „Wir gehen alle drei nach Paris.“

„Warum alle drei? Einer genügt; der opfert sich schon.“

„Haben Sie nicht eben erst gesagt, Bürger Rochereuil, daß Paris künftig das Aktionsgebiet werden soll?“

„Ja.“

„Unser Platz ist also in Paris, und wir gehen alle drei. So gut und leicht verbirgt man sich nirgends als in der großen Stadt, und nach England gehen und mich dort langweilen, — nein! Es ist also abgemacht, Rochereuil, wir reisen alle nach Paris ab, denn ich habe nicht, daß Sie Lust haben, nach Poitiers zurückzukehren und dem Wolf in den Rachen zu laufen, und ich kenne Sie zu gut, als daß ich mir vorstellen könnte, Sie wollten auf die Mitarbeit verzichten und den Kampf fliehen. Also, meine Herren, vorwärts nach Paris, bleiben wir nicht erst lange hier. Seit Bonapartes feinen Einzug gehalten hat, wimmelt es hier von Verdarmen.“

Die blauen Brüder gaben durch Zeichen ihre Einwilligung an verstehen.

Rochereuil stand auf und drückte seinen Gefährten die Hand.

„Die Republik sagt Euch Dank für Eure Hingebung, für das, was Ihr noch einmal für unsere Sache wagen wollt. Es ist ein Kampf ohne Raft und Erbarmen; entweder gehen wir unter oder wir siegen! Reißt also ab; ich werde noch in dieser Stunde mit einem von Euch sprechen und ihm meine Vollmacht übertragen, denn, Bürger, ich werde Euch nicht folgen: ich kehre nach Poitiers zurück.“

Bestürzt nahmen die blauen Brüder diese Erklärung auf. Nur Abbé Georget nickte zum Zeichen der Billigung.

„Denken Sie wirklich daran, Rochereuil?“ sagte einer

der blauen Brüder. „Das heißt in einem gewissen Tode entgegen laufen?“

„Nein,“ antwortete Rochereuil. „In jedem Falle liegt der Schwerpunkt der Frage nicht da. Die Pflicht ruft mich nach Poitiers. Unsere Freunde, Bruder, sind auch in Gefahr. Was ist seit unserer Abreise geschehen? Ich weiß es nicht. Aber sie können in Todesgefahr sein. Sie würden für uns büßen müssen und das will ich nicht. Ich allein kann sie retten, und ich werde sie retten!“

„Sie werden sie nicht retten, Rochereuil; Sie opfern sich unnütz,“ warnte der Bruder nochmals. „Wenn die Polizei Bonapartes einmal Hand an Sie legt, sind Sie verloren ohne Rettung. Sie werden zu Grunde gehen und Ihre Freunde nicht retten.“

„Vielleicht,“ jagte Rochereuil. „Ich will es wenigstens versuchen. Wie! Fünf unserer Brüder haben freiwillig ohne Zögern den gefährlichsten Posten eingenommen! Sie haben sich entschlossen und sich heiter der Gefangenschaft, dem Tode dargeboten. Es soll nicht gesagt werden, daß man sie verlassen hat! Nein und tausendmal nein! Und mein Bruder, ein zwanzigjähriger Knabe, ist vielleicht schon im Gefängnis und wird gewiß verhaftet, sobald man meine Flucht bemerkt. Und ihr glaubt, daß ich ihn in den Klauen dieser Elenden lassen, daß ich meinen Bruder ihnen nicht streitig machen werde?“

„Ihr Platz ist in Paris, Bürger Rochereuil. Wie viele von den deutschen Patrioten, die Soldaten wurden, um ihrem Vaterlande die Unabhängigkeit zu erkämpfen, wie viele von ihnen sind bei Leipzig gefallen? Sie waren ebenso opferwillig und hochherzig wie Ihr Bruder, wie unsere Freunde, die in Poitiers im Gefängnis sitzen. Nun wohl! Warum sollen wir uns damit aufhalten, unsere Verwundeten beiseite zu tragen und unsere Toten zu bestatten? Das ist das Los des Kriegers sowohl als auch der geheimen Kämpfe, die wir führen. Vorwärts! Vorwärts! Wir werden unsere Freunde beweinen, wenn wir gesiegt haben. Sie sagten es selbst, Rochereuil, die Arbeit in Paris wird schwer sein. Alles muß von vorn angefangen, ein neuer Plan muß erfunden werden: da ist die Pflicht und auch die Gefahr. Zögern Sie nicht! Im Namen der Sache bitte ich Sie darum!“

Rochereuil schüttelte den Kopf.

„Wenn Sie wahr sprächen, ganz wahr, dann würde ich vielleicht nicht zögern und mich zu dem schmerzlichen Opfer entschließen, das Sie von mir verlangen. Aber Sie täuschen sich über das Maß der Dienste, die ich Ihnen in Paris leisten kann. Das ist ein Gebiet, das ich schlecht kenne. Mein Tätigkeitsfeld ist stets die Provinz gewesen. Der oberste Rat der Gesellschaft und das Aktionskomitee zählen entflossene und erfahrene Mitglieder, als ich es bin. Wenn irgend jemand in Paris Erfolge erzielen kann, so ist es der gegenwärtige Führer des Komitees. Lassen Sie mich also zu unseren Freunden, zu meinem Bruder gehen.“

Einer der blauen Brüder, der noch nicht gesprochen hatte, stand auf und fragte:

„Welches ist die Meinung des Bürgers Georget?“

Der Abbé antwortete mit bewegter Stimme:

„Rochereuil hat recht. Ich würde mir lieber ein Glas abschneiden, als unsere Freunde verraten. Sie rechnen auf uns; wir wollen sie nicht verraten. Wenn sie hörten, daß wir gefallen sind, würden sie ihr Schicksal mit harter Seele ertragen. Ich kenne sie. Aber wir sind frei und sie sind es nicht. Wir haben sie vorwärts getrieben; wir müssen sie nun auch wieder erlösen. Bürger, wir dürfen es nicht so leicht nehmen, wenn der Tod unsere Reihen lichtet. Es ist einer der Fehler der Revolution gewesen, daß sie Menschenleben zu wohlfeil schätzte. Decius und unsere Waffenbrüder sind nicht mehr. Müßten wir die dort auch noch verlieren? Bringen fünf Opfer mehr uns der Stunde des Triumphes näher? Ich bin Deiner Meinung, Rochereuil. Ubrigens weißt Du es: wo Du hingehst, da gehe ich auch hin.“

„Ach, so verstand ich das nicht,“ sagte Rochereuil. „Du willst mir folgen?“

„Wo Du hingehst, da gehe ich auch hin.“

„Aber weshalb? Warum sollen wir beide dem Feinde uns preisgeben? Es handelt sich darum, unseren Freunden zu helfen, damit sie fliehen können, ich werde dazu genügen.“

„Was weißt Du davon? Wir können nur an Ort und Stelle darüber urteilen, nachdem wir die Situation erforscht haben. Ich werde Dich begleiten, Rochereuil.“

(Fortsetzung folgt.)

ehr lebhaft geführten Debatte trat übereinstimmend die Ansicht zu Tage, daß für eine durchgreifende Umgestaltung der Parteiorganisation ein Bedürfnis bisher nicht zu Tage getreten sei. In den einzelnen Ländern, wo das Koalitionsverbot schon früher aufgehoben worden ist, oder wo es überhaupt nie in Gültigkeit war, haben die Genossen sich selbstständige Landesorganisationen geschaffen, die sich mehr oder weniger bewährt haben und die von Seiten der Gesamtpartei zu ändern kein Bedürfnis vorliegt. Dasselbe trifft zu für die einzelnen Provinzialorganisationen. Wo die Genossen von der durch die Vereitigung des Koalitionsverbotes geschaffenen größeren Bewegungsfreiheit noch keinen Gebrauch gemacht und die bisherigen Einrichtungen — Trennung der lokalen Organisation von der Vertrauensperson — noch aufrecht erhalten, werden wohl lokale Gründe dafür maßgebend sein. Ein gesetzlicher Zwang für eine solche Trennung liegt nicht mehr vor. Wenn deshalb die Parteilokalvereine die Führung der allgemeinen Parteigeschäfte, die bisher den Vertrauenspersonen oblagen, selbst übernehmen und führen wollen, so bedarf es dazu nur eines entsprechenden Beschlusses. Des Vorbehaltens der öffentlichen Parteiveranstaltungen zur Erledigung der Parteigeschäfte: Wahl der Vertrauensperson und event. Delegierten, Parteifinanzrechnungen, Berichterstattung von Parteikonferenzen etc. bedarf es also nicht mehr. Alle diese Partei-Angelegenheiten können, wenn die Genossen dies wünschen, in Zukunft in geschlossenen Vereinsversammlungen erledigt werden.

Freilich würden bei einem solchen Vorgehen in einer Reihe von Staaten, speziell in Preußen, die Frauen von diesen Versammlungen ausgeschlossen sein. An Orten, wo die Frauenbewegung von irgend nennenswerter Bedeutung ist, wird es sich also empfehlen, an der geübten Praxis festzuhalten.

Ob es möglich sein wird, in Zukunft die Parteiorganisation straffer zu gestalten, darüber waren die Meinungen geteilt. Daß es wünschenswert wäre, die jetzige lose Gestaltung fester zu fügen, wurde allseitig zugegeben, aber die große Mehrheit war der Ansicht, daß jeder Versuch zu einer Annäherung von politischen Scherereien und Plackereien führen würde. So sprach man sich besonders gegen die Einrichtung einer zentralisierten, über ganz Deutschland verbreiteten Organisation mit Mitgliedskarten und Beiträgen aus.

Die aus einzelnen Parteiorienten angeregte Frage, ob es nicht am Platze sei, den diesjährigen Parteitag früher — also vielleicht schon zu Pfingsten zu berufen, um dort über die notwendigen organisatorischen Veränderungen zu beschließen — wurde allseitig verneint. Den Genossen in den einzelnen Orten soll empfohlen werden, sich den neu geschaffenen Verhältnissen anzupassen und Erfahrungen bis zum nächsten Parteitag zu sammeln. Außerdem wurde eine Kommission, bestehend aus dem Parteivorstand und vier Abgeordneten, eingesetzt, die sich über die notwendigen Veränderungen verständigen und dem nächsten Parteitag geeignete Vorschläge machen soll.

Soziales.

Vorschriften über eine Sitzelegenheit für Handelsangestellte werden gegenwärtig im Reichsamt des Innern ausgearbeitet und sollen demnächst dem Bundesrat zugehen. Nach dem hannoverschen Courier wird die zu erwartende Verordnung des Bundesrates Strafanforderungen für diejenigen Ladungsinhaber enthalten, die ihren Angestellten keine Sitzelegenheit bieten oder deren Benutzung in der Zeit, wenn sie nicht Kunden zu bedienen oder ihnen sonst obliegende Geschäfte zu erledigen haben, zu verhindern suchen. Man wird gut daran thun, erst abzuwarten, was die Vorschriften bringen, ehe man ein Urteil über diese abgibt.

Weibliche Hilfskräfte im Gewerbeaufsichtsdienste. Endlich hat sich auch die preussische Regierung entschlossen, „versuchsweise zwei weibliche Hilfskräfte im Gewerbeaufsichtsdienst auftragweise“ zu beschäftigen. Entsprechend einem im vorigen Jahre vom Abgeordnetenhaus gefassten Beschlusse soll damit jetzt der Anfang gemacht werden in zwei Bezirken, in denen eine große Anzahl von Arbeiterinnen beschäftigt sind. Die Wahl ist deshalb auf die Aussichtsbezirke Berlin und München-Gladbach gefallen. Die so versuchsweise angestellten Beamtinnen erhalten eine Entschädigung von je 2400 Mark für das Jahr. Weibliche Aussichtsbeamte werden bisher beschäftigt im Gewerbeaufsichtsdienst von Bayern (2), Hessen (2), mit Amtsitzen in München und Nürnberg, bezw. Offenbach und Mainz. In beiden Staaten ist der Wirkungsbereich der Beamtinnen nicht örtlich abgegrenzt, sondern auf das ganze Staatsgebiet ausgedehnt. Bayern hat auch bereits die besonderen Vorschriften, Aufgaben und Befugnisse der „Funktionärinnen“, wie recht geschmackvoll die Beamtinnen genannt werden, festgestellt. Sie haben zunächst die Betriebe mit Arbeiterinnen zu überwachen und im Dienste Rechte und Befugnisse der Aussichtsbeamten. Sie selbst unterstehen der Aufsicht des Inspektors ihres Wohnortes und berichten an ihn. In Bayern und Hessen hat man bisher nur gute Erfahrungen mit der Thätigkeit der Beamtinnen gemacht. Es liegt auf der Hand, daß die Arbeiterinnen ihnen in vielen Fragen mit größerem Vertrauen und größerer Unbefangenheit als Männern entgegenkommen können. Wenn aus Sachsen-Weimar, wo man schon 1897 zur Anstellung zweier älterer Witwen zur Unterstützung des Aussichtsbeamten bei der Beaufsichtigung der Betriebsstätten gezwungen ist, die Urteile über die Verwahrung dieser Hilfe weniger günstig lauten, so liegt das wohl zum großen Teil an der Persönlichkeit der gewählten Frauen. Aus Württemberg, wo man im vorigen Jahre eine Assistentin angestellt hat, liegen noch keine Angaben vor. In Sachsen-Altenburg und Neufj. L. ist ebenso wie im Königreich Sachsen die Anstellung von Aussichtsbeamtinnen entweder schon beschlossen oder in Erwägung gezogen. Für Lothringen hat der zu einem Gutachten aufgeforderte Aussichtsbeamte eine Unterstützung durch weibliche Gehilfen als überflüssig abgelehnt.

Ueber Lehrereid in Mecklenburg wird der Vossische Zeitung geschrieben: Kürzlich wurde in einer Tageszeitung die Nachricht gebracht, daß im Fürstentum Mecklenburg ein ritterschaftlicher Lehrer thätig sei, dessen jährliches Einkommen 180 Mark betrage. Dem Blatte wurde hierauf eine Verichtigung gesandt, worin bestritten wurde, daß es in dem Fürstentum überhaupt noch ritterschaftliche Lehrer gebe. Und dennoch ist es so. In einem Dorfe in der Nähe von Carlow amtiert ein ritterschaftlicher Lehrer, und dieser hat thatsächlich nur ein Einkommen von 180 Mark im Jahre. Zwar wurde dem Lehrer auf ein Bittgesuch im letzten Jahre eine einmalige Unterstützung von 75 Mark gewährt, aber mit dieser Gabe zugleich wurde ihm auch in ziemlich ungnädiger Weise bekannt gegeben, daß er sobald nicht wieder kommen dürfe. Mecklenburg ist bekanntlich der einzige deutsche Bundesstaat ohne Parlament. Die Herren Ritter welche dort die Schulverwaltung selbst unter sich haben, lassen die von ihnen benötigten Lehrer in ihrem Seminar zu Ahlbeck nach ihren Vorschriften ausbilden, sie stellen die Lehrer an, wie es ihnen gefällt, und sie lassen sie gehen, wann es ihnen paßt. Der Regierung aber antworten sie auf ihre Vorhaltungen: Die Minister können uns sonst was. So erlebt man denn am Ende des 19. Jahrhunderts noch solche elende Zustände, die berechtigtes Regniß ablegen von der Bildungsfreundlichkeit der mecklenburgischen Junker und den halbfeudalen Zuständen, die in diesem Junkerparadiese noch herrschen, wo der Lehrer an Gehalt und wahrscheinlich auch an Werkschätzung seitens des „gnädigen Herrn“ mit dem Schweinehirten auf einer Stufe steht.

Ostelbische Schulverhältnisse. Bis zum 1. Oktober v. J. hatte die Schule in Przelaita, einem oberhessischen Dorf mit rund 800 Einwohnern, zwei Lehrer. Von diesem Zeitpunkt ab, da Hauptlehrer Hydke nach Stentanowitz verzogen war, blieb der zweite Lehrer Glosz allein. Am 1. d. M. ist nun Glosz nach Deutsch-Wielar übersiedelt und die Schule ist gänzlich verwaisst. Erst am 1. Februar soll, wie die Stettiner Zeitung berichtet, ein neuer Lehrer daselbst angestellt werden. Bis zu dieser Zeit lebt die Schuljugend in Przelaita in den verlängerten Weihnachtsferien. Der Schuljugend wird dieses ja sehr angenehm sein, den Freunden der Volksbildung bieten solche, durchaus nicht bereinigt dastehende Zustände aber eine traurige Perspektive. Aber wie sollte es auch anders sein. Für die Flotte Millionen auf Millionen, für die Schule — nichts. Warum sollten die ostelbischen Kinder auch etwas lernen, sie würden dann vielleicht ganz vergessen, wozu der Herr sie aufs Land geschickt hat, wie der Landwirtschaftsminister sagte, und höhere Ansprüche ans Leben stellen oder gar dem Junkerparadiese den Rücken kehren.

Bereine, Versammlungen, Vergnügen.

Am Dienstag, den 9. Januar, fand im Luisenpark eine Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter statt, welche so zahlreich besucht war, wie zur Zeit der allgemeinen Aussperrung, und folgende Tagesordnung zu erledigen hatte: 1. Wie stellen wir uns zu der Unterschriftenforderung der Unternehmer betreffs Gründung von Betriebskrankentassen und Verzichtleistung auf die einzelnen Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches (Referent Kollege Th. Bömelburg). 2. Bericht der Siebener-Kommission über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeber-Verband. 3. Verschiedenes. Zum 1. Punkt der Tagesordnung machte der Vorsitzende Schöck die Mitteilung, daß wegen Verweigerung der Unterschriften des ihnen vorgelegten Gesetzes auf verschiedenen Punkten schon einige Kollegen entlassen wären und andere die Unterschriften schon geleistet hätten und ertheilte dann dem Referenten das Wort. Derselbe führte aus, daß soviel sich jetzt beurteilen ließe, von Gründung von Krankentassen noch keine Rede sein könne, es handle sich hier nur um Betriebskrankentassen, und meint weiter, bevor die Unternehmer derartige Unterschriften verlangten, wäre es Pflicht derselben, die bestehende Siebener-Kommission in Kenntnis zu setzen. Damit, daß sie dieses unterlassen, sei der Rahmen der Vereinbarung überschritten worden. Referent erklärte dann den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches und sagt, daß die Magdeburger Bauarbeiter nicht die ersten wären, auch die Metall-Industriellen haben hiervon schon Gebrauch gemacht, und wie die Juristen den Begriff kürzere Arbeitsdauer definieren werden, müsse erst die Zukunft lehren. Ein wirtschaftlicher Vortel sei für den Bauarbeiter in dem § 616 nicht vorhanden, man könne ruhig Verzicht darauf lassen. Bei Einrichtungen von Betriebskrankentassen, müssen wir aber vorsichtiger sein, und ein energisches Wort mit drein reden, weil eine kleine Klasse mit kleiner Mitgliederzahl nicht das leisten kann, was sie eigentlich müsse. Die Vorgehung eines solchen Gesetzes zur Unterschrift sei nur Unternehmerrereignis und müsse vom Unternehmer beharrlich verweigert werden. Als Redner noch, das Handverlegetes (Zwangsvorstellungen) gestreift hatte, wüchste er daß sich die Veranlassung mit der Frage, Gründung von Betriebskrankentassen beschäftigte und darüber äußerte.

Zu der hierauf folgenden Diskussion sprachen mehrere Redner für und gegen die Verzichtleistung des § 616. Dann wurde der Tagesordnung folgende Resolution unterbreitet:

In Erwägung, daß einjahrgemäß Krankentassen mit kleiner Mitgliederzahl weniger leistungsfähig sind, wie solche mit großer Mitgliederzahl, in weiterer Erwägung, daß bei der Gründung von Betriebskrankentassen im Baugewerbe in Magdeburg immer Klassen mit kleiner Mitgliederzahl in Betracht kommen können, in endlicher Erwägung, daß infolgedessen durch die Errichtung von Betriebskrankentassen den Magdeburger Bauarbeitern ein wirtschaftlicher Nachteil eintritt und ferner auch dem Arbeiter infolge der direkten Abhängigkeit vom Unternehmer sein Mitspracherecht geschmälert wird, verpflichtet die Versammlung die Kollegen, ihre Zustimmung zur Gründung von Betriebskrankentassen nicht zu geben. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Bezüglich des § 616 wurde folgende Resolution gegen eine große Minorität angenommen: Die Versammlung beschließt, auf die Rechte des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu verzichten, und hat auch nicht dagegen einzuwenden, wenn eine diesbezügliche Bestimmung im Arbeitsverträge mit aufgenommen wird.

Mit der einstimmigen Annahme folgender Resolution, welche lautet: In Erwägung, daß das Vorgehen der Arbeitgeber betreffs Einrückung der Verzichtleistung auf die Vorteile des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches in den gegenseitig abgeschlossenen Arbeitsverträge einseitig ist, spricht die Versammlung ihre Entrüstung darüber aus und erwartet in Zukunft, daß die Arbeitgeber den von ihnen selbst gutgeheißenen Weg der gegenseitigen Vereinbarung besser einhalten, war der erste Punkt der Tagesordnung erledigt. Beim 2. Punkt der Tagesordnung: „Bericht der Siebener-Kommission“, verliest ein Mitglied derselben das Protokoll der Sitzung der beiden Siebener-Kommissionen vom 18. Dezember 1899. Die Versammelten konnten sich mit den von den Arbeitgebern festgesetzten 6. Klassenlöhnen nicht unannehmbaren Bedingungen nicht einverstanden erklären, und es wurde nach einer teils heftigen Debatte über Accordarbeit bezw. Accordpreis folgende Resolution vorgeschlagen und einstimmig angenommen:

Die heute am 9. Januar 1900 tagende Versammlung Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer Magdeburgs erklärt sich den Angehörigen des Arbeitgeber-Verbandes nicht zufrieden, weil jede Absicht, die Zahl der Lohnklassen zu vermindern, mit Entschiedenheit zurück. Die Festsetzung von Normen für Arbeitsleistung hält die Versammlung für praktisch unannehmlich im Baugewerbe und lehnt es deshalb ab, zur Ausarbeitung von Normen eine Kommission zu wählen. Derselbe Punkt in Bel. a) Die Verschiedenartigkeit der Arbeiten an ein und demselben b) Die Verschiedenartigkeit der Bauten (Werkbauten wie Umbau in architektonischer und konstruktiver Beziehung; c) Die veränderte Ansprüche an die Qualität der Arbeit und d) Die ungleiche Material wie in den Verordnungen zur Arbeit (Werk Materialtransport etc.) Die Siebener-Kommission wird beauftragt mit dem Arbeitgeber-Verband weiter zu unterhandeln.

Beim 3. Punkt (Verschiedenes) wurde die Siebener-Kommission beauftragt, dagegen zu protestieren, daß in den gemeinschaftlichen Sitzungen der Arbeitgeber-Kommission durch 3 Personen vertreten ist. Es wurde ein Arbeitsvertrag, ausgefertigt von der Firma Jacobs, hinsichtlich eines Auftrages (Werk), dem Bureau überreicht und von st. Bommelburg vorgelesen und kritisiert, wobei, so ernt die Sache lag, Scheltensausbruch der Versammelten nicht zu verhindern war. einem heftigsten Schimpf des Referenten, wobei er die Annahme die tiefste Red, der wir entgegengehen, vor Augen zu weit das Unternehmern einen energischen Schlag gegen unsere Organisation auszuüben versucht, und zu reger Agitation auffordere, daß sie uns zu jeder Zeit gewappnet sind, werden die Kosten, Söhne, Schuch, Stettin von, Hendrich und John wieder in Agitationskomitee gewählt. Derselbe wurde die imminente Besetzung mit einem begeisterten Hoch auf die drei Gewerkschaften geschlossen.

Der in der Versammlung kritisierte Vertrag, den der Unternehmer Jacobs seinen Arbeitern zur Unterzeichnung vorlegte, folgendermaßen:

Arbeitsvertrag. Zwischen der Firma Jacobs u. Co und dem Maurer G. Wirsdorff ist heute nachstehender Vertrag geschlossen worden:

§ 1. Der p. Wirsdorff übernimmt die Ausführung des Fassadenputzes des Grundstücks Friesenstraße 38 zum Preise von fünfhundert Mark einschließlich Ausgaben der Balkens in der verarbeiteten Schlemmen sowie einmal Streichen der gesamten Fassade.

§ 2. Die Fassade ist in verlängerten Cementmörtel, die Gefälle Cementmörtel nach Zeichnung zu putzen und die Arbeit sofort zu beginnen und mit noch drei Putzern und einem Arbeiter ununterbrochen auf die festgesetzte Arbeitszeit anzubringen.

§ 3. Teilszahlungen werden pro Arbeitsstunde 50 Pfg. gewährt, je darf der Betrag nicht höher sein, als derselbe nach der geleisteten Arbeit austrägt.

§ 4. Der p. Wirsdorff verpflichtet sich, nur stätige und ordentliche Leute, welche den Anordnungen des p. Jacobs oder dessen Stellvertreter Folge leisten, die Arbeitsordnung strikte einzuhalten, zu beschäftigen; in anderem Falle aber, oder auf Verlangen des p. Jacobs, dessen Stellvertreter, dieselben zu entlassen. Kommt der p. Wirsdorff diesen Verpflichtungen nicht sofort nach, so ist die Firma Jacobs u. Co. zur Aufhebung des Vertrages ohne Einhaltung eines Kündigungsfrist berechtigt; in diesem Falle werden die begonnene Arbeiten anderweitig auf Kosten des p. Wirsdorff zu Ende geführt und hat derselbe sich die sich ergebende Differenz von seinem Guthaben zu lassen.

§ 5. Für das Aufstellen der Kalkulation ist der p. Wirsdorff allein verantwortlich.

§ 6. Die frisch geputzten Gefälle sind abends, durch Ueberhängen von Säcken, gegen Frost zu schützen.

§ 7. Die Restzahlung erfolgt spätestens 8 Tage nach Fertigstellung der Putzarbeiten.

Magdeburg, den 6. Januar 1900. Kever's zur Unterschrift für die von den Maurergesellen G. Wirsdorff angestellten Putzer und Arbeiter. Wir, die Unterzeichneten, sind von dem Putzunternehmer G. Wirsdorff als Putzer resp. Arbeiter für das Anfertigen des Fassadenputzes des Neubaus Friesenstraße 38 angestellt. Der von dem p. Wirsdorff geschlossene Arbeitsvertrag vom 6. Januar 1900 ist uns seinem ganzen Inhalt nach bekannt und wir erklären ausdrücklich an, daß, obwohl die Firma Jacobs u. Co. die Erfüllung der Versicherungen aus dem Kranken- und Invaliditätsgesetz übernommen hat, unser Arbeitsverhältnis lediglich der p. Wirsdorff ist. Nur gegen den p. Wirsdorff, nicht gegen die Firma Jacobs u. Co. sind wir demgemäß die uns aus dem Arbeitsverhältnissen zustehenden Ansprüchen geltend zu machen berechtigt.

Montag, 15. Januar: Arbeiter-Gesangverein „Freundschaft“, Neue Markt. Jeden Montag abends 8 Uhr Übungsstunde bei M. Schall, Fabrikstraße.

Dienstag, 16. Januar: Arbeiter-Stenographen-Verein „Vorwärts“, Jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde bei M. Schall, Fabrikstraße 5. Männer-Turnverein „Frisch auf“, Magdeburg. Jeden Dienstag 11 Uhr Turnstunde im „Drei Kaiserbunz“. Freie Turnerschaft Magdeburg-Wilhelmsstadt. Jeden Dienstag 11 Uhr Turnstunde im „Luisenpark“. Arbeiter-Gesangverein Alte Markt. Jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde bei Winter, Magdeburgerstraße 50. Arbeiter-Turnverein Angola. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde in der Krone, Moldenstraße. Naturheil-Verein Neue Markt. In der Genossenschafts-Veranstaltung: Breitenweg 31, Übungsstunde: Dienstags für Herren, Freitags für Damen Anfang abends 8 1/2 Uhr.

Musikverein „Freundschaft“ Magdeburg-Neustadt. Übungsstunde jeden Dienstag im Restaurant „Gemütslichkeit“, Schmidtstraße. Arbeiter-Turnverein Neustadt. Übungsstunde Dienstag und Donnerstag abends 8 Uhr im Weissen Hof.

Turnverein „Einigkeit“, Budan. Jeden Dienstag und Donnerstag abends 8 Uhr Turnstunde im „Freundschaft“, Leipzigerstraße. S o h e n d o d e l e b e n e r Männer-Turnverein. Jeden Dienstag im Sonnabend Übungsstunde bei Geyms.

Diesdorfer Männer-Turnverein. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde im „Weissen Hof“ (Joh. Hildebrandt). Arbeiter-Turnverein Döbenstedt. Dienstags und Freitags Übungsstunde bei M. Schmitt.

M i e d e r n o d e l e b e n. Arbeiter-Turnverein „Frisch auf“. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde bei Gustav Hornemann.

B a r l e b e n. Gesangverein „Freundschaft“. Jeden Dienstag Übungsstunde bei G. Schrader (Gasthof zur goldenen Angel).

Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“, Fernersleben. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde bei Lausch.

Musik-Verein „Concetto“ Fernersleben. Jeden Dienstag 8 Uhr Übungsstunde bei der Wwe. Lausch.

Männer-Turnverein Groß-Ottersleben. Jeden Dienstag und Donnerstag Turnstunde abends 8 Uhr im „Goldenen Stern“.

Athleten-Klub Groß-Ottersleben. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde bei Strampf.

K l e i n - O t t e r s l e b e n. Männer-Turnverein Klein-Ottersleben. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde bei Friedrich Strampf in Groß-Ottersleben.

Freie Turner Bismarck. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde im Lokale des Herrn Hoppe.

Freie Athletenklub D u r g. Dienstags und Freitags Übungsstunde von 8 bis 10 Uhr im „Hofjäger“.

D u r g. Freie Turnerschaft. Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde im „Hofjäger“.

